

1 **Antrag A1**

2

3 **Antrag an die zweite Tagung des 4. Landesparteitages am 5. Juli 2014 in Cottbus**

4

5 Antragsteller:

6 Landesvorstand der LINKEN Brandenburg,

7 Landesausschuss der LINKEN Brandenburg

8

9

10

# 100 Prozent sozial!

11

12

13 **DIE LINKE in Brandenburg – Programm zur Landtagswahl 2014**

14

15

## 16 Inhalt:

17

18 **Brandenburg 2014: Sozialer, demokratischer, moderner, lebenswerter .....2**

19 **Gute Arbeit, gute Löhne, gute Wirtschaft: Den Strukturwandel mit sozialem und**

20 **ökologischem Anspruch gestalten.....4**

21 **Gute Bildung und Lebenschancen für alle von Anfang an..... 13**

22 **Mehr Lebensqualität. ....18**

23 **Selbstbestimmt leben in Brandenburg - Starke Kommunen, demokratische Teilhabe**

24 **und starker Rechtsstaat in einem toleranten Land. ....29**

25 **Nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik. Zukunftsfähiger öffentlicher Dienst..... 36**

26 **Interessen und Verantwortung Brandenburgs im Bund und in Europa .....38**

27

28 **Brandenburg 2014:**  
29 **Sozialer, demokratischer, moderner, lebenswerter**

30 Vor fünf Jahren zogen wir mit einem Versprechen in die Landtagswahl: „DIE LINKE hat klare, sozial  
31 gerechte und finanzierbare Alternativen zur Politik der Großen Koalition“. Seither haben wir in  
32 Regierungsverantwortung belegt: Alternativen sind machbar!

33 Die Große Koalition hatte in Bund und Land den Sozialstaat weiter geschliffen, eine Schwemme  
34 prekärer Beschäftigung zugelassen, den Öffentlichen Dienst an den Rand der Handlungsfähigkeit  
35 gebracht, hunderte Schulen geschlossen, die Kommunen geschröpft und die Energiewende verschlafen.

36 Seit unserem Eintritt in die Landesregierung 2009 ist es uns gelungen, erste nachhaltige  
37 Weichenstellungen für unser Land vorzunehmen, die Brandenburg sozialer und solidarischer,  
38 ökologischer und demokratischer machen. Wir haben die soziale Frage ins Zentrum der Landespolitik  
39 gerückt - bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen bei der Fördermittelpolitik für die Wirtschaft, bei  
40 Bildungschancen für alle von der Kita bis zur Schule - vom Kita-Betreuungsschlüssel bis zum Schüler-  
41 Bafög, von der Krankenhausfinanzierung bis zur „Gemeindegewinnung Agnes“, von der Stärkung der  
42 Sozialgerichte bis hin zur Kriminalitäts-Prävention durch Resozialisierung. Wir haben die Kommunen  
43 finanziell so stabil ausgestattet wie noch nie - und das alles mit einer Haushaltspolitik, in deren Ergebnis  
44 Brandenburg seit 2010 keine neuen Schulden mehr aufgenommen, zugleich aber die Finanzierung der  
45 sozialen Schwerpunkte gesichert hat.

46 Der Öffentliche Dienst wird modernisiert und verjüngt werden; die Ausbildung in der Landesverwaltung,  
47 bei der Polizei, in der Justiz und bei den Lehrerinnen und Lehrern deutlich verstärkt. Allein 2400 junge  
48 und gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer erreichten in den vergangenen fünf Jahren die Schulen -  
49 so viele, wie noch nie.

50 Wir geben dem Strukturwandel in Brandenburg Impulse in Richtung eines sozial-ökologischen Umbaus.  
51 Mit der Energiestrategie 2030 setzen wir auf den Durchbruch von Erneuerbaren Energien und Umwelt-  
52 und Klimaschutz. Unser Ziel bleibt, dass spätestens ab 2040 keine Braunkohle mehr verstromt wird. Wir  
53 werden eine energiewirtschaftliche Entwicklung vorantreiben, die Neuaufschlüsse von Tagebauen und  
54 den Bau von neuen Kohlekraftwerken unnötig macht. Und mit unserer Nachhaltigkeitsstrategie sorgen  
55 wir dafür, dass Nachhaltigkeit stärker ein Grundprinzip brandenburgischer Politik wird.

56 Wir haben die Beteiligungsmöglichkeiten bei der Volksgesetzgebung verbessert und das Wahlalter 16  
57 eingeführt. Erstmals war in Brandenburg ein Volksbegehren erfolgreich und die rot-rote Koalition hat  
58 sich dessen Anliegen - die Ausweitung des BER-Nachtflugverbots auf die Zeit von 22 bis 6 Uhr - zu Eigen  
59 gemacht.

60 Brandenburg ist ein dynamisches und widersprüchliches Land, es hat sich verändert und wird sich  
61 weiter verändern. Wir wollen diesen Wandel mitgestalten. Die Entwicklung in den verschiedenen  
62 Regionen verläuft dabei nach wie vor unterschiedlich. Es zeigt sich: In den einzelnen Regionen braucht  
63 es jeweils spezifische, tragfähige und passgenaue, durch die gesellschaftlichen Akteure mitgestaltete  
64 Strategien für die neu entstehenden Lebenswelten.

65 Brandenburg ist ein Land im Wandel - vor allem deswegen, weil die Bürgerinnen und Bürger mehr und  
66 mehr ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen. Sie erobern sich neue Lebenswelten und  
67 gestalten sie aus - oder auch alte um. Dabei entstehen vielfältige, auch widerstreitende Interessen. Wir  
68 wollen dabei ein guter Partner bei Abwägung und Entscheidungsfindung im Sinne des Gemeinwohls  
69 sein. Niemand darf aus sozialen Gründen ausgeschlossen sein oder sich ausgeschlossen fühlen. Wir  
70 wollen die Landespolitik weit für Beteiligung und Teilhabe öffnen.

71 Nicht alles, was sich ändern muss, kann durch Beschlüsse des Landtages geregelt werden. Solidarität,  
72 beweist sich vor allem als Wert im Alltag und im gesellschaftlichen Miteinander. Ein gutes Leben für  
73 Frauen, anständige Rahmenbedingungen, gerechte Bezahlung: das kann man durch

74 Landesgleichstellungsgesetze fördern, entschieden jedoch wird darüber genauso in Unternehmen, bei  
75 Tarifverhandlungen, in den Kommunen.

76 Wir wollen ein Brandenburg mit:

77 → Guter Arbeit, guten Löhnen, guter Wirtschaft

78 → Mehr Lebensqualität

79 → Guter Bildung und Lebenschancen für alle von Anfang an

80 → Demokratischer Teilhabe und starkem Rechtsstaat in einem toleranten Land

81 → Zukunftsorientierter Energiepolitik

82

83 Dafür unterbreiten wir hier unser Vorschläge und Vorhaben für die Jahre 2014 bis 2019.

84

## 85 **Gute Arbeit, gute Löhne, gute Wirtschaft: Den Strukturwandel mit** 86 **sozialem und ökologischem Anspruch gestalten**

87 In der heutigen Gesellschaft bestimmt faktisch die Erwerbsarbeit über das Maß an gesellschaftlicher  
88 Teilhabe. Obwohl menschliche Arbeit weitaus mehr umfasst, ist die Erwerbsarbeit für die meisten  
89 Menschen Hauptquelle des materiellen Wohlstands. Sie gehört zu einem sinnerfüllten Leben und prägt  
90 den sozialen Status. Zu den Prinzipien einer gerechten und solidarischen Gesellschaft zählen in diesem  
91 Zusammenhang die Vergütung nach Leistung, die Chancengleichheit im Berufsleben und die besondere  
92 Unterstützung derer, die zur Wahrnehmung von Chancengleichheit physische, mentale oder soziale  
93 Barrieren überwinden müssen. Zum erfüllten Arbeitsleben gehören die demokratische Mitbestimmung  
94 im Betrieb und die gesellschaftliche Würdigung guter Arbeit.

95 Gerechte Bezahlung und menschenwürdige Arbeitsbedingungen sind Forderungen, die in der Mitte der  
96 Gesellschaft beginnen, und nicht erst an den prekären Rändern des Erwerbslebens. In Brandenburg sind  
97 die durchschnittlichen Arbeitnehmerentgelte im vergangenen Jahrzehnt zwar um 13 Prozent  
98 gewachsen, die Verbraucherpreise jedoch um 16 Prozent. Faktisch wurde die Steigerung bei den  
99 Erwerbseinkommen durch die Inflation aufgeessen. Die Arbeitslosenquote ist zwischen 2000 und  
100 2012 von 19 auf unter 10 Prozent gesunken. Demgegenüber haben prekäre Arbeitsverhältnisse wie  
101 Leiharbeit oder befristete Anstellung deutlich zugenommen. Mehr als jeder dritte Beschäftigte befindet  
102 sich heute in einer solchen Erwerbssituation.

103 **Gute Arbeit** - das sind für uns in diesem Zusammenhang sichere, sozialversicherungspflichtige,  
104 gesundheitsverträgliche und familienfreundliche, Weiterbildung fördernde und existenzsichernde  
105 Beschäftigungsverhältnisse in stabilen, zukunftsträchtigen, in jeder Hinsicht nachhaltig wirtschaftenden  
106 Unternehmen, bei Freien Trägern, Verbänden, Freiberuflern und im Öffentlichen Dienst.

107 Die politischen Entscheidungen über Rahmenbedingungen und Regularien für Wirtschaft und  
108 Arbeitswelt liegen größtenteils in der Verantwortung des Bundes. Schritte wie die Einführung eines  
109 bundesweit einheitlichen, Existenz sichernden gesetzlichen *Mindestlohns* können dabei eine wichtige  
110 Rolle spielen, weil sie für den Unterbietungswettbewerb bei Löhnen und Gehältern ein Stoppzeichen setzen  
111 und dazu beitragen, die Bezahlung wieder stärker an den Bedürfnissen der Beschäftigten und nicht  
112 allein an den Profitinteressen der Unternehmen auszurichten. Das ist deutschlandweit überfällig - die  
113 Ankündigungen der Großen Koalition im Bund werden dem nur halbherzig gerecht.

114 Zu den Möglichkeiten eines Bundeslandes gehört es, *Lohnuntergrenzen* festzulegen, die einzuhalten  
115 sind, wenn eine Firma Aufträge der öffentlichen Hand ausführen will. Das haben wir in der zu Ende  
116 gehenden Legislaturperiode getan und dafür gesorgt, dass diese Untergrenze nicht starr bleibt, sondern  
117 mit der Entwicklung der Lebenshaltungskosten Schritt hält. *Wir streben als nächsten Schritt zügig die*  
118 *Einführung einer Lohnuntergrenze von 10 Euro pro Stunde an.* Außerdem streben wir die Einführung und  
119 Ausweitung von sozialen und ökologischen Kriterien auch bei anderen finanziellen Zuwendungen des  
120 Landes und der Kommunen an.

121 Linke Wirtschaftspolitik bindet Wirtschaftsförderung nicht nur an ökonomische, sondern auch an soziale  
122 und ökologische Kriterien und forciert Innovation und Strukturwandel mit sozialem und ökologischem  
123 Augenmaß. Da das Land Fördermittel für die Wirtschaft vergibt, hat es sehr wohl die Möglichkeit, darauf  
124 hin zu wirken. Wir werden auf diese Weise auch weiter dafür sorgen, dass in Brandenburg prekäre  
125 Arbeitsverhältnisse überwunden, Leiharbeit und Niedriglöhne zugunsten guter Arbeit zurückgedrängt,  
126 der Missbrauch von Minijobs gestoppt, die Arbeitsbedingungen verbessert und Stress abgebaut  
127 werden. Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf voran bringen, das Recht auf Weiterbildung  
128 stärken und die Mitbestimmung fördern. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss eine  
129 Selbstverständlichkeit sein; schlechtere Bezahlung von Frauen muss aufhören!

130 DIE LINKE will erreichen, dass Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter ab dem ersten Einsatztag in einem  
131 entleihenden Unternehmen mindestens den gleichen Lohn erhalten, ohne dass ein Tarifvertrag  
132 schlechtere Bedingungen vorsehen darf. Betriebsräte müssen über den Einsatz von Leiharbeitskräften

133 mitbestimmen können und ein Veto-Recht besitzen, wenn Stammarbeitsplätze ersetzt werden sollen.  
134 Zudem dürfen Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter nicht als Streikbrecher missbraucht werden.

135 Mit der LINKEN als Regierungspartei ist sicher: Brandenburgische Landespolitik wird ihre Möglichkeiten  
136 voll ausschöpfen, um die Lohnspirale nach unten zu stoppen, Beschäftigung zu sichern und neu zu  
137 schaffen, sozial verantwortliches Unternehmertum zu stärken und ein entsprechendes Klima zum  
138 Markenzeichen des Wirtschaftsstandortes und des Lebensortes Brandenburg zu machen.

139 Dazu gehört aber noch mehr:

140 Wichtig ist eine deutlich stärkere Tarifbindung im Land Brandenburg. Brandenburg braucht starke  
141 Gewerkschaften. Wir wollen ihnen gute, engagierte Partner sein - auch als Arbeitgeber im öffentlichen  
142 Dienst. Eine wichtige Möglichkeit zur Verbesserung und Stärkung des Tarifvertragssystems sehen wir in  
143 der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen.

144 Wir streben zudem ein brandenburgisches „Bündnis für gute Arbeit“ an. Es kann sich aus dem bereits  
145 bestehenden, unter Rot-Rot zustande gekommenen Bündnis für Fachkräftesicherung entwickeln. Dem  
146 Bündnis gehören neben dem Arbeitsministerium fünf Ressorts der Landesregierung sowie die  
147 Staatskanzlei, die Berliner Senatsverwaltung für Arbeit und Soziales, die Industrie- und  
148 Handelskammern, Handwerkskammern, DGB, IG Bau, IG Metall, Unternehmensverbände Berlin und  
149 Brandenburg (UVB), Universitäten, Landkreistag, Schulämter, die Lehrervertretung, die  
150 Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit Berlin-Brandenburg und die LIGA der Spitzenverbände  
151 der Freien Wohlfahrtspflege an.

152 DIE LINKE unterstützt auf Landesebene unter anderem den vom DGB erarbeiteten Index „Gute Arbeit“.

153

154 Brandenburg besitzt die wirtschaftliche Kraft für diese Ziele. Das Bruttoinlandsprodukt pro  
155 Erwerbperson hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen und mittlerweile 85 Prozent des  
156 Bundesdurchschnitts erreicht. Brandenburg liegt damit an der Spitze der ostdeutschen Flächenländer.

157 Zugleich stehen Defizite und Ungleichgewichte einer nachhaltigen **Wirtschaftsentwicklung** in  
158 Brandenburg noch im Wege. Es mangelt an industriellen Kernen, die Innovationsimpulse geben und  
159 regionale Netzwerke von Zulieferern und Dienstleistern bilden. Große regionale Unterschiede bestehen  
160 zwischen der Metropolregion um Berlin und dem ländlichen Raum. Im Vergleich zu anderen  
161 Bundesländern sind die Ausrüstungsinvestitionen unterdurchschnittlich gewachsen. Es gibt noch  
162 wenige Funktionseinheiten mit hoher, wissensbasierter Wertschöpfung. Der Anteil von Forschung und  
163 Entwicklung an der Wirtschaftsleistung liegt nur bei 1,4 Prozent und damit deutlich unter dem  
164 bundesdeutschen Durchschnitt. Der vergleichsweise geringe Studierendenanteil in den MINT-Fächern  
165 wirkt für den Aufbau einer wissensbasierten nachhaltigen Wirtschaftsstruktur ebenfalls als  
166 Entwicklungsbremse.

167 Unser Ziel besteht darin, die industrielle Basis in *allen* Landesteilen moderner, nachhaltiger und zugleich  
168 international wettbewerbsfähiger zu machen. Brandenburg soll ein modernes Dienstleistungs- und  
169 Industrieland mit einer guten Zukunft sein. Deswegen haben wir bereits begonnen, die  
170 Wachstumsbranchen, die bislang in Branchenkompetenzfeldern zusammengefasst waren, zu  
171 *Kompetenzclustern* weiter zu entwickeln. Davon versprechen wir uns einen Innovationsschub, der  
172 Impulse und Synergien für das gesamte Wirtschaftsgeschehen im Land auslöst und damit auch die  
173 bisherigen strukturellen Defizite überwindet. Die gemeinsam mit dem Land Berlin entwickelte  
174 Innovationsstrategie bildet dafür auch künftig mit die Basis - ebenso wie der Plan „Pro Industrie“. Die  
175 Kompetenzcluster sollen in den nächsten Jahren zentrale Adressaten von Wirtschaftsförderung in  
176 Brandenburg sein.

177 Zugleich geht es weiterhin um die Verbesserung der Eigenkapitalausstattung der klein- und  
178 mittelständischen Unternehmen, der Handwerksbetriebe und der Freien Berufe. Kleine und mittlere  
179 Unternehmen sowie Selbstständige bilden das Rückgrat von Brandenburgs Wirtschaft. Gemeinsam mit  
180 ihnen können regionale Wirtschaftskreisläufe gestärkt und ein sozial-ökologischer Umbau  
181 vorangetrieben werden. Das setzt aber voraus, dass ihre Substanz erhalten und modernisiert wird.

182 Forschung und Entwicklung wollen wir in diesem Bereich stärken und auch die Neugründung von  
183 Unternehmen fördern. In den nächsten Jahren stehen bei Brandenburgs Firmen 20.000 bis 25.000  
184 Unternehmensübergänge an. Um die Unternehmensnachfolge zu erleichtern, wollen wir die  
185 Vermittlungsplattformen der Kammern unterstützen und ausbauen.

186 Wirtschaftspolitik in Brandenburg kann nur erfolgreich sein, wenn sie auch Strukturpolitik ist - wenn sie  
187 Impulse für alle Regionen setzt und krasse Disparitäten verhindert. Jede Region hat ein Recht darauf,  
188 bei der Aktivierung ihrer Potenziale und Überwindung ihrer Schwächen vom Land unterstützt zu werden.  
189 Deshalb muss es auch weiterhin um die Zusammenführung von sektoraler und regionaler  
190 Wirtschaftsförderung gehen. Die Aufhebung der regionalen Bindung für die Förderung von  
191 Branchenkompetenzen war dazu ein wichtiger Schritt. Die 15 Regionalen Wachstumskerne, die über  
192 besondere wirtschaftliche und wissenschaftliche Potenziale verfügen, sind über ganz Brandenburg  
193 verteilt. Die Förderung dieser Wachstumskerne wird durch EU- wie auch Landesmittel fortgesetzt, um  
194 die wirtschaftliche Entwicklung in der Breite zu unterstützen und somit die ökonomischen Grundlagen  
195 für gleichwertige Lebensverhältnissen im ganzen Land zu schaffen. Dies gilt auch für die technische und  
196 soziale Infrastruktur.

197 Priorität für Kompetenzcluster in Wachstumsbranchen, die Zusammenführung von sektoraler und  
198 regionaler Wirtschaftsförderung sowie die Eigenkapitalstärkung der kleinen und mittleren Unternehmen  
199 - das werden unsere Hauptlinien für die Stärkung der brandenburgischen Wirtschaft in den nächsten  
200 Jahren sein.

201 Dabei sind wir uns bewusst, dass für diese Zwecke eher weniger als mehr Geld zur Verfügung stehen  
202 wird. Deswegen muss die Umstellung von der Förderung durch Zuschüsse auf eine Förderung durch  
203 Darlehen weiter vorangetrieben werden.

204 Geld ist aber auch hier nicht alles. Die Stärkung unseres Landes geht alle an - niemand muss, niemand  
205 kann hier unbeteiligt an der Seite stehen. Brandenburg braucht ein gesellschaftliches Klima der  
206 Offenheit und der Neugier, der Vernetzung von Ressourcen, Ideen und Akteuren.

207

208 Wir streben eine moderne **Dienstleistungspolitik** an, die den Dienstleistungssektor zu einer  
209 eigenständigen Säule im Bemühen um die Überwindung von strukturellen Schwächen macht. Dabei  
210 geht es um die Stärkung öffentlicher Dienstleistungen ebenso wie um die Einführung neuer Modelle und  
211 die weitere Entwicklung der unternehmensnahen Dienstleistungen, bei denen es in Brandenburg schon  
212 jetzt eine besondere Dynamik gibt.

213 Eine wichtige Rolle in diesem Bereich spielt in unserem Land die Gesundheitswirtschaft. Sie ist mit über  
214 100.000 Beschäftigten einer der größten Arbeitgeber in unserer Region. In den vergangenen Jahren hat  
215 sich die Beschäftigung in der Gesundheitswirtschaft deutlich positiver entwickelt als die  
216 Gesamtbeschäftigung. Gemeinsam mit Berlin werden wir die Entwicklung der Gesundheitsregion Berlin  
217 Brandenburg vorantreiben, damit einerseits weitere Arbeitsplätze entstehen und andererseits  
218 Brandenburgerinnen und Brandenburger immer bessere Versorgungsmöglichkeiten erhalten. Wir stehen  
219 an der Seite der Beschäftigten dieser Branchen für die Durchsetzung der Grundsätze „Guter Arbeit“. Im  
220 Bereich der Gesundheitswirtschaft unterstützen wir die Verbindung und Wechselwirkung von  
221 innovativer Produkt- und Dienstleistungsentwicklung auf der Basis von neuesten  
222 Forschungsergebnissen, existenzsichernden Arbeitsplätzen sowie bester medizinischer und  
223 pflegerischer Betreuung.

224 Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Wasserversorgung und Abwasserentsorgung,  
225 Gesundheitswesen, Müllentsorgung und Straßenreinigung, Kultur- und Sporteinrichtungen, Öffentlicher  
226 Personennahverkehr, Stromversorgung sowie Wohnungsbau und -vermietung sind Angelegenheiten des  
227 Gemeinwohls, sie dürfen nicht von den Interessen privater Anbieter dominiert werden. DIE LINKE setzt  
228 sich für den Ausbau der wirtschaftlichen Tätigkeit von Kommunen einschließlich Rekommunalisierungen  
229 ein.

230

231 Das Potenzial des Dienstleistungssektors geht jedoch darüber hinaus. Unternehmensnahe  
232 Dienstleistungen, können neue Formen von Wertschöpfung hervorbringen, in denen industrielle  
233 Produkte und Dienstleistungen zu neuen Angeboten verschmelzen. Zugleich wächst in einer hochgradig  
234 arbeitsteiligen, zur Dezentralisierung neigenden und zugleich alternden Gesellschaft der Bedarf an  
235 Dienstleistungen für die Bewältigung des täglichen Lebens, für den sozialen Zusammenhalt, für  
236 Infrastruktur, Kultur und Wirtschaft. Um diese Potenziale zu erschließen, wollen wir eine aktive,  
237 gestaltende, für Mitwirkung offene Dienstleistungspolitik entwickeln. Es reicht nicht, einfach nur den  
238 Rückbau im öffentlichen Bereich zu stoppen und im privaten Bereich Fördermittel bereit zu stellen.  
239 Nötig sind neue Lösungen - technologisch, organisatorisch, sozial und auch regional oder lokal  
240 spezifisch.

241

242 **Digitale Kommunikation und Informationsverarbeitung, virtuelle Leistungsangebote und**  
243 **immaterielle Produkte** prägen die soziale, kulturelle und auch ökonomische Entwicklung in immer  
244 stärkerem Maße. Sie sind zentrale Basis und Beschleuniger des strukturellen Wandels auch in  
245 Brandenburg. Dies ist eine Tatsache - wir stellen uns ihr konstruktiv, aber nicht kritiklos.

246 Die Gestaltung der digitalen Welt ist eine globale Herausforderung. Datensicherheit und Schutz der  
247 individuellen Grundrechte stehen derzeit weltweit zu Recht im Vordergrund der Aufmerksamkeit von  
248 Politik und Öffentlichkeit. Wir wollen auch in Brandenburg den digitalen Wandel aktiv gestalten und  
249 schlagen deshalb die Einrichtung eines Landesrates für digitale Entwicklung und Kultur vor. Ihm sollen  
250 Vertreterinnen und Vertreter der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft angehören. Er  
251 soll unabhängig arbeiten, sich zu allen digitalen Themen frei äußern und der Politik Vorschläge für  
252 Entscheidungen unterbreiten.

253 Zugleich dürfen wir die technischen Voraussetzungen nicht aus dem Auge verlieren. Nach Auffassung  
254 der LINKEN müssen Netzautobahnen als Bestandteil der Daseinsvorsorge verstanden und entwickelt  
255 werden. Leistungsfähige Internet-Verbindungen müssen flächendeckend bereit stehen. Mit dem  
256 Glasfaserkonzept 2020 sind wir auf einem guten Weg. Zugleich wollen wir auf entsprechende  
257 Bundesmittel nicht verzichten und schauen, wie diese für das Land mobilisieren können. Wir werden  
258 die Erschließung der ländlichen Räume mit Breitband-Internet 2015 vollenden.

259 Wir sind davon überzeugt, dass ein **sozial-ökologischer Umbau** notwendig und unaufschiebbar ist.  
260 Noch nie ist so klar gewesen wie heute, dass unser Überleben vom Bestand der natürlichen  
261 Lebensgrundlagen abhängt, für deren Erhalt wir selbst verantwortlich sind. Diese Einsicht gehört zum  
262 Grundkonsens in unserem Land.

263 Wir wollen Brandenburg „enkeltauglich“ machen und werden die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes  
264 mit konkreten und abrechenbaren Zielen und Maßnahmen untersetzen. Der Umsetzungsstand soll  
265 regelmäßig anhand von Indikatoren überprüft werden. Die Landesregierung soll mit  
266 Eigenverpflichtungen eine Vorbildfunktion bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie übernehmen.  
267 Zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie soll eine Agentur eingerichtet werden. Sie soll Kommunen,  
268 Einrichtungen und Organisationen beraten, nachhaltige Konzepte, Projekte und Maßnahmen zu  
269 entwickeln und in die Praxis umzusetzen.

270 Auch in der kommenden Legislaturperiode soll ein Nachhaltigkeitsbeirat, dem Expertinnen und Experten  
271 aus Wissenschaft, Forschung und Lehre angehören, den Prozess wissenschaftlich und fachlich  
272 begleiten.

273

274 Der notwendige gesellschaftliche Umbau wird dann wirklich tiefgreifend und nachhaltig gelingen, wenn  
275 er solidarisch und sozial gerecht erfolgt. Gleichermäßen ist jedoch klar, dass keine Politik sozial sein  
276 kann, die nicht nach ökologischen Gesichtspunkten handelt. Mit diesem Anspruch sollen  
277 technologische Innovation und wirtschaftspolitische Steuerung eingesetzt werden. Die Aktivistinnen  
278 und Aktivisten der Erneuerung brauchen gute Startbedingungen und den Freiraum, um das Neue auf  
279 den Weg bringen zu können. Anreize können helfen, erfolgreiche Modellprojekte massentauglich zu

280 machen. Jene, deren wirtschaftliche Existenz durch den Wandel betroffen ist, brauchen konkrete  
281 Unterstützung bei Umschulung, Qualifizierung und beruflichem Neustart. Die wirtschaftliche, die soziale  
282 und die regionale Dimension des anstehenden Umbaus müssen in Gleichklang gebracht werden. Der  
283 sozial-ökologische Umbau gelingt nur, wenn alle gewinnen, wenn Nutzen und Lasten zwischen den  
284 sozialen Gruppen wie auch zwischen den Generationen gerecht verteilt werden. DIE LINKE will dafür  
285 sorgen, dass Nachhaltigkeit ein Grundprinzip brandenburgischer Politik wird. Nachhaltigkeitsprüfungen  
286 können sich als taugliche Instrumente erweisen, um Strategien und Projekte auf ihre Langzeiteffekte für  
287 Gesellschaft und Umwelt zu prüfen und ihre Zielwirkung zu verbessern.

288

289 Der ökonomisch und ökologisch weitestreichende und gesellschaftlich tiefgreifendste Teil des  
290 Strukturwandels in Brandenburg verbindet sich mit der **Energiewende**. 2009 sind wir mit dem  
291 Versprechen in den Wahlkampf gezogen, im Energieland Brandenburg den Erneuerbaren Energien statt  
292 den fossilen Brennstoffen Priorität einzuräumen. Schon jetzt hat unser Land dabei eine Vorreiterrolle in  
293 Deutschland und Europa inne. Mit unserer Energiestrategie 2030 geht Brandenburg einen weiteren  
294 wichtigen Schritt – vom aktiven Bekenntnis zum Vorrang für Erneuerbare Energien hin zur Gestaltung  
295 des technologischen und gesellschaftlichen Durchbruchs für Erneuerbare Energien. Wir haben dazu die  
296 Regionalen Planungsgemeinschaften personell so ausgestattet, dass sie den Ausbau Erneuerbarer  
297 Energien wirksam steuern können. Ziel ist der Wechsel von einem zentralen Versorgungssystem aus  
298 fossilen Quellen hin zu einem dezentralen Versorgungssystem mit möglichst verbrauchsnahe  
299 Erzeugung aus erneuerbaren Quellen. Wir wollen die technologieoffene Förderung von Projekten zur  
300 Speicherung von Energien aus regenerativen Quellen deutlich vorantreiben. Die Besteuerung der  
301 Energieerzeugung zur Deckung des Eigenbedarfs von Nutzenergie aus regenerativen Quellen lehnen wir  
302 ab.

303 Unsere Energiepolitik verbindet Klima- und Umweltschutz, Versorgungssicherheit, Preisstabilität und  
304 Akzeptanz und Beteiligung für Energieerzeugung und -infrastruktur im Land. Die Energiewende muss in  
305 den europäischen Kontext eingebettet sein. Ohne Akzeptanz in der Bevölkerung kann die Energiewende  
306 nicht gelingen. Wir wollen transparente Verfahren und mehr Mitsprache und Beteiligung der  
307 Bürgerinnen und Bürger.

308 Mit dem Erstarken der Erneuerbaren Energien in Brandenburg rückt der Abschied von der  
309 Braunkohleverstromung näher. Systemintegration und Speicherung von erneuerbaren Energien sind ein  
310 Schlüssel dafür, dass das Zeitalter der Brückentechnologie Braunkohle möglichst kurz gehalten wird.  
311 Wir diskutieren weiter, unter welchen europa- und bundespolitischen Rahmenbedingungen  
312 Gaskraftwerke zur Umsetzung der Energiewende gebraucht werden.

313 Unser Ziel ist es, dass spätestens ab 2040 keine Braunkohle mehr verstromt wird. Wir werden uns dafür  
314 einsetzen, dass der Tagebau Jänschwalde Nord oder andere Tagebaue nicht aufgeschlossen werden.  
315 Den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung wollen wir in einer Art und Weise gestalten, dass  
316 Versorgungssicherheit gewährleistet bleibt, die bislang in der Braunkohle Beschäftigten solidarisch  
317 eingebunden werden und die Kosten sozial gerecht verteilt werden. Wir lehnen sowohl die unterirdische  
318 Verpressung von CO<sub>2</sub> (CCS) als auch die Erdgasförderung mittels Verpressung von Chemikalien in den  
319 Untergrund (Fracking) ab. Wir wollen ein Klimaschutzgesetz, das für alle relevanten Bereiche  
320 verbindliche Zielstellungen definiert und den Weg dahin aufzeigt.

321 Neue Herausforderungen stellen die Bergbaufolgen auf Grund- und Oberflächenwasser dar,  
322 insbesondere die Verockerung der Spree und ihrer Zuflüsse. Wir unterstützen die eingeleiteten kurz-  
323 und mittelfristigen Maßnahmen zur Sanierung. Zur längerfristigen Überwindung der eingetretenen  
324 Schäden setzen wir uns für ein Sanierungsabkommen zwischen Bund und Ländern ab 2017 ein, das  
325 zureichende finanzielle Mittel zur Lösung des Problems beinhaltet.

326

327 Eine Versorgung der gesamten Region Berlin-Brandenburg mit Strom aus erneuerbaren Quellen ist  
328 spätestens bis zum Jahr 2030 rein rechnerisch möglich. Die Vorreiterrolle Brandenburgs und die bisher  
329 aufgebauten Kapazitäten bei der Erzeugung Erneuerbarer Energien bieten die Chance für eine engere



330 Zusammenarbeit zwischen Brandenburg und Berlin bei der Bewältigung der Energiewende. Aber es gibt  
331 auch viele ungelöste Aufgaben. Die Überwindung der energietechnischen „Insellage“ Berlins ist eine  
332 Schlüsselfrage der Energiewende, die auf Dezentralität nicht nur im lokalen, sondern auch im regionalen  
333 Maßstab beruht. Berlin wird die Energiewende mit einem „Insel-Stromnetz“ nicht schaffen –  
334 Brandenburg und Berlin aber haben gemeinsam die Kapazitäten, den Ballungsraum perspektivisch mit  
335 Erneuerbaren Energien zu versorgen. Jetzt müssen auch die technischen Voraussetzungen dafür  
336 geschaffen werden. Wir wollen, dass Brandenburg und Berlin gemeinsam die Versorgung des  
337 Ballungsraumes mit preiswerter und versorgungssicherer Energie aus regenerativen Quellen forcieren.

338 Der Umstieg auf die Erneuerbaren Energien und deren Systemintegration bringt einen tiefgreifenden  
339 Strukturwandel in Brandenburg mit sich, der weit über technische Erneuerungen hinausgeht. Änderung  
340 der Erzeugerstrukturen, unmittelbare Betroffenheit an Standorten der Energieerzeugung, neue  
341 Eigentümerstrukturen und nicht zuletzt auch die Entwicklung neuer Technologien stellen neue  
342 Ansprüche an regionale Entwicklungen. Davon ist nicht nur die Lausitz betroffen. Wir unterstützen  
343 deshalb für alle Regionen Strategien, die sich den neuen Bedingungen stellen und durch die  
344 Akteurinnen und Akteure vor Ort selbst entwickelt und getragen werden.

345 Wir brauchen ein neues Verhältnis von Zentralität und Dezentralität in der Energieversorgung. Wir  
346 stehen zu dem Grundsatz, Energie am besten dort zu produzieren, wo sie auch verbraucht wird. Daher  
347 werden wir Konzepte zur dezentralen Energieversorgung auf lokaler Ebene sowie deren Umsetzung  
348 fördern. Hierzu zählen insbesondere gemeinschaftliche Unternehmungen wie Energiegenossenschaften  
349 und Bioenergiedörfer. Die Energiewende gehört in die Hand der Bürgerinnen und Bürger.

350 Schon jetzt werden durch das RENplus-Programm des Wirtschaftsministeriums Regionale  
351 Planungsgemeinschaften und rund 50 Kommunen bei der Erstellung lokaler Energiekonzepte  
352 unterstützt. Wir wollen dieses Programm zum zentralen Steuerungselement der Energiewende in  
353 Brandenburg machen!

354 Energiewende, das ist nicht die Befriedigung eines immer gleichen oder gar steigenden Energiebedarfs  
355 aus erneuerbaren Quellen, Energiewende heißt für uns auch Senkung des Energieverbrauchs insgesamt.  
356 Deswegen werden Projekte kleiner und mittlerer Unternehmen zur Verbesserung der Energieeffizienz  
357 durch ein aus Landes- und EU-Mitteln finanziertes Programm der Investitionsbank des Landes  
358 Brandenburg (ILB) gefördert.

359 Wer fossile Energieträger verarbeitet, soll zunehmend an der Finanzierung der Energiewende beteiligt  
360 werden. Deswegen werden wir eine Förderabgabe für Gas und Öl einführen. Für Braunkohle ist das  
361 nach dem Einigungsvertrag bisher nicht möglich.

362

363 Eine gut funktionierende nachhaltige und regionale **Landwirtschaft** ist das wesentliche Rückgrat für  
364 den Ländlichen Raum. Brandenburgs Landwirtschaft ist gut aufgestellt. Große und kleine Betriebe  
365 verschiedener Eigentums- und Betriebsformen arbeiten nebeneinander und haben ihren Platz. Wichtig  
366 ist für uns dabei nicht die Größe der Betriebe, sondern der Beitrag, den sie zur landwirtschaftlichen  
367 Produktion und zur Lebensqualität im ländlichen Raum leisten. Öffentliche Fördermittel sollen dafür  
368 eingesetzt werden, die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe zu gewährleisten, den ökologischen Landbau  
369 zu entwickeln, Arbeitsplätze zu sichern und dabei die Produktion im Einklang mit dem Schutz  
370 natürlicher Ressourcen zu verbessern.

371 Brandenburg muss alle Mittel ausschöpfen, um gentechnikfrei zu bleiben. Auf landeseigenen Flächen  
372 dürfen keine gentechnisch veränderten Pflanzen angebaut werden, Agrogentechnik lehnen wir ab.  
373 Brandenburg soll dem „Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen“ beitreten.

374 Wir werden Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen für regionale und ökologische Produkte fördern  
375 und Anreize für die Berücksichtigung regionaler Produkte bei Ausschreibungen durch die öffentliche  
376 Hand geben. So können wir regionale Wertschöpfung stärken und den Anteil der ökologischen  
377 Anbauflächen erhöhen. Lokal gibt es bereits Ansätze dafür, dass saisonale Produkte aus der Region  
378 gezielt für das Essen in Kitas oder Schulen eingesetzt werden - und dass Kitas, Schulen, Schulträger,

379 Eltern und Erzeugerinnen und Erzeuger dies gemeinsam mit anderen Akteuren organisieren. Gute  
380 Beispiele wollen wir verallgemeinern - zur Stärkung von Vermarktungsstrukturen ebenso wie im  
381 Interesse einer gesunden Ernährung aller Kinder im Land. Das neue Europäische Schulobstprogramm  
382 soll dazu beitragen, Essgewohnheiten der Kinder nachhaltig zu verändern. Schulgärten fördern  
383 praktisches Lernen, Gesundheitsbewusstsein und nachhaltige Lebenswerte. Anregungen, praktische  
384 Hinweise und pädagogische Anleitungen für die Arbeit mit Schülerinnen und Schülern in Schulgärten  
385 bzw. für die Behandlung von Fragen aus dem Bereich der Landwirtschaft und Ernährung im Unterricht  
386 sollen gefördert werden.

387 Wir wollen alle Möglichkeiten nutzen, um die Obstbauforschung in Müncheberg zu erhalten. Der  
388 Gartenbau ist weit über die besonders bekannten Obst- bzw. Gemüseanbaugebiete bei Werder,  
389 Frankfurt und im Spreewald hinaus ein wichtiger regionaltypischer Wirtschaftszweig, der deutlich mehr  
390 Arbeitsplätze pro Flächeneinheit schafft als andere Landnutzungsformen. Wir möchten daher für den  
391 Gartenbau günstige Voraussetzungen schaffen und den Anreiz für den Anbau von Bio-Produkten  
392 erhöhen.

393 Wir wollen eine regionalverträgliche, tierschutzgerechte und flächengebundene Tierhaltung. Wir werden  
394 uns für gesetzliche Rahmenbedingungen einsetzen, die das ermöglichen. Investitionen in der  
395 Tierhaltung möchten wir vor allem dann fördern, wenn sie zur Verbesserung des Tierschutzes beitragen.  
396 Die Tierwohllabel-Kriterien können dafür ein wichtiger Anhaltspunkt sein. Wir setzen uns dafür ein, dass  
397 Tierschutz-Verbänden das Verbandsklagerecht eingeräumt wird.

398 Die Fischwirtschaft möchten wir sowohl an Seen als auch in den Fischteichgebieten flächendeckend  
399 erhalten. Die Förderung der naturnahen Teichwirtschaft soll fortgeführt werden.

400 Ein Drittel der Fläche Brandenburgs ist mit Wald bewachsen. Wald ist wichtiger Rohstofflieferant,  
401 Lebensraum und Erholungsort für die Bevölkerung. Er spielt für Klima, Luft und Wasserhaushalt eine  
402 zentrale Rolle. Allen diesen Funktionen muss die Forstpolitik gerecht werden. Wir stehen für eine  
403 vorbildliche naturnahe Waldbewirtschaftung, die sozial-ökologische Ziele mit der Bewirtschaftung des  
404 Waldes in Einklang bringt. Daher streben wir die Zertifizierung des Landeswaldes mit dem  
405 anspruchsvollen Siegel des FSC (Forest Stewardship Council) an.

406 Der schwierige Umstrukturierungsprozess im Landesbetrieb Forst setzt eine gründliche Aufgabenkritik  
407 voraus, die neben der Holznutzung auch die Gemeinwohlfunktionen des Landeswaldes besonders  
408 berücksichtigen muss. Dies wollen wir anpacken. Erst danach kann der tatsächliche mittelfristige  
409 Personalbedarf festgestellt werden. Eine Kommunalisierung von Aufgaben der Forstverwaltung ist für  
410 uns nicht primäres Ziel.

411 Es ist eine große Herausforderung, die Wildbestände in unseren Wäldern so zu bewirtschaften, dass  
412 eine Naturverjüngung und damit eine langfristige Umwandlung in artenreiche und klimaresistente  
413 Wälder sowie eine wirtschaftlich tragfähige Nutzung besser möglich werden. Das ist nur gemeinsam mit  
414 den ganz überwiegend ehrenamtlichen Jägerinnen und Jägern zu erreichen. Bürokratische Hemmnisse,  
415 die eine Reduzierung des Schalenwildes behindern, sind zu reduzieren.

416 Der landwirtschaftliche Betrieb ist heute viel mehr, als eine reine Nahrungsmittelproduktionsstätte. Die  
417 touristischen Potentiale sollen besser genutzt werden. Initiativen vor Ort, die dem Ausgleich von  
418 landwirtschaftlicher Produktion, Tourismuswirtschaft und anderen Interessen dienen, sollen unterstützt  
419 werden. Die Bedeutung der Landwirtschaft für die Entwicklung des ländlichen Raumes steht und fällt  
420 mit der örtlichen Verankerung der Betriebe und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der zunehmende  
421 Verkauf von Landwirtschaftsfläche und auch von Betrieben an außerlandwirtschaftliche Investoren stellt  
422 eine große Gefahr dar, der wir auf Landesebene soweit wie möglich entgegenwirken wollen. Dazu sind  
423 eine Überprüfung und ein stringenter Vollzug des Bodenverkehrsrechts erforderlich.

424 Brandenburg soll sich dafür einsetzen, dass die land- und forstwirtschaftlichen Flächen der  
425 bundeseigenen Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft (BVVG) im öffentlichen Eigentum  
426 bleiben, um sie an vor Ort ansässige und nachhaltige wirtschaftende Land- und Forstwirtschaftsbetriebe  
427 langfristig zu verpachten.

428 Die Neuversiegelung von Flächen in Brandenburg soll signifikant verringert werden.  
429 Entsiegelungspotentiale sind hierzu optimal zu nutzen. Maßnahmen zur Erhöhung der  
430 Bodenfruchtbarkeit, gegen Bodenerosion und Bodenverdichtung sowie Maßnahmen zur Verbesserung  
431 des Landschaftswasserhaushaltes im ländlichen Raum, die der naturnahen Gewässerentwicklung bzw.  
432 der Verbesserung des Wasserrückhaltes dienen, sollen befördert werden.

433

434 Traditionelle Nutzungsformen, die in besonderem Maße dem Naturhaushalt und der Landschaftspflege  
435 dienen, möchten wir bewahren und besonders fördern. Dazu gehören die Schaf- und Ziegenhaltung und  
436 die Imkerei.

437 In der Gesellschaft gibt es sehr unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie eine moderne und  
438 nachhaltige Landwirtschaft beschaffen sein sollte. Unter Beteiligung der verschiedenen  
439 Interessenvertreter und der Öffentlichkeit wollen wir ein Leitbild entwickeln, an dem sich die  
440 Agrarpolitik des Landes ausrichten soll: Welche Landwirtschaft wollen wir? Ein wesentlicher Bestandteil  
441 dieses Leitbildes sollen Eckwerte für die gute fachliche Praxis der Landwirtschaft sein.

442 Über Jahrhunderte gewachsene Dörfer und Kulturlandschaften prägen mit ihren regionalen  
443 Besonderheiten auf einzigartige Weise das Land Brandenburg. Diese ländlichen Räume gilt es zu  
444 erhalten und zu fördern. Sie bieten zudem Platz für alternatives oder andere neue Arten des  
445 Zusammenlebens und für innovative Ideen und Projekte um die Zukunft nachhaltig zu gestalten.

446 Die Potenziale des **Tourismus** für die wirtschaftliche Entwicklung der Regionen und die Entwicklung in  
447 den ländlich geprägten Räumen Brandenburgs sind noch nicht ausgeschöpft. Angesichts des intensiven  
448 Wettbewerbs zwischen den vielen attraktiven Urlaubsregionen in Deutschland und Mitteleuropa müssen  
449 Brandenburgs Nationale Naturlandschaften weiterentwickelt und attraktive Angebotspakete entwickelt  
450 werden. Schon heute bietet Brandenburg hierfür gute Voraussetzungen: Aktiverholung und Sport,  
451 Wassertourismus, Wandern und Radeln, Ferien auf dem Bauernhof, Erlebnis- und Kulturtourismus,  
452 Natur- und Gesundheitstourismus. Der barrierefreie Tourismus ist als ein bedeutendes  
453 Querschnittsthema in der Landestourismuskonzeption verankert. Die flächendeckende Umsetzung von  
454 Barrierefreiheit ist als Qualitätsmerkmal festgeschrieben.

455 Auf der Tagesordnung bleibt die Vernetzung der touristischen Infrastruktur. Darüber hinaus gilt es den  
456 erreichten Standard langfristig zu sichern und zu erhalten. Lokale Traditionsfeste und Kulturevents  
457 bewahren und stiften nicht nur Identität, sondern haben auch eine wichtige touristische Funktion. Sie  
458 verdienen daher verlässliche bürgerschaftliche und öffentliche Förderung. Auch in der Entwicklung  
459 gemeinsamer touristischer Konzepte mit den Nachbarinnen und Nachbarn in der Republik Polen liegen  
460 wichtige Potenziale, die es künftig noch stärker zu nutzen gilt.

461 Voraussetzung für einen nachhaltigen Tourismus ist ein Öffentlicher Personen-Nahverkehr (ÖPNV), der  
462 die Erreichbarkeit des gesamten Landes absichert.

463

464 Die marktgesteuerte Erwerbsarbeitsgesellschaft, in der wir leben, ist weder in der Lage, die Erledigung  
465 aller für ein Gemeinwesen notwendigen Arbeiten in ausreichendem Umfang und in der gebotenen  
466 Qualität zu organisieren noch Vollbeschäftigung zu erreichen. Vor diesem Hintergrund haben wir uns  
467 stets für einen speziellen Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) eingesetzt. In den Jahren  
468 seit 2009 ist die weitgehende Umsetzung unserer Pläne vor allem an den Einschränkungen gescheitert,  
469 die die Regierung Merkel im Bund eingeführt hat.

470 Jetzt wollen wir einen neuen Anlauf starten - mit einer weiter entwickelten Idee: Wir konzentrieren uns  
471 auf einen **sozialen Beschäftigungssektor** für Langzeitarbeitslose mit mehrfachen  
472 Vermittlungshemmnissen - also für Menschen, die bereits sehr lange unter den Folgen von  
473 Arbeitslosigkeit leiden und für die der Weg zurück ins Erwerbsarbeitsleben daher besonders schwierig  
474 und auch langwierig ist. Den Einstieg in diesen sozialen Beschäftigungssektor werden wir in Form von  
475 Modellprojekten im Rahmen des Konzepts von „Sozialunternehmen“ organisieren. Sie sind nicht nur ein

476 Mittel der Arbeitsmarktpolitik, sondern auch ein Weg zur gesellschaftlichen Integration und Förderung  
477 der sozialen Teilhabe.

478 *Sozialunternehmen* stützen sich auf ein auch von der EU als innovativ und zukunftssträftig erachtetes  
479 Konzept. Es funktioniert bereits in einigen anderen europäischen Ländern und in Einzelfällen auch  
480 schon in Brandenburg. Vorrangiges Ziel der Sozialunternehmen ist nicht die Gewinnerwirtschaftung -  
481 Gewinne werden vor allem wieder in das Unternehmen investiert bzw. kommen den Mitarbeiterinnen  
482 und Mitarbeitern zugute. Die Finanzierung wird möglich, wenn sog. passive Leistungen mit Bundes-,  
483 Landes-, kommunalen und EU-Mitteln zusammengeführt werden. Schluss mit dem derzeitigen  
484 Flickenteppich von Lösungen!

485 Ihre Aufgabe finden die Sozialunternehmen in den sozialen und wirtschaftlichen Strukturen in den  
486 Kommunen, orientiert an den Möglichkeiten und Bedarfen vor Ort. Das Konzept funktioniert, wenn alle  
487 zuständigen und vor Ort betroffenen Akteure dies unterstützen und es ein einvernehmliches  
488 Zusammenwirken aller Akteure (öffentliche Einrichtungen und Jobcenter, Arbeitsfördergesellschaften  
489 sowie die lokal angesiedelten Unternehmen) vor Ort gibt.

490 Bestehende Defizite des Zweiten Arbeitsmarktes wie Lohn einschränkungen, begrenzte Förderdauer,  
491 fehlende Arbeitslosenversicherung und eingeschränkte Tätigkeitsprofile sollen im sozialen  
492 Beschäftigungssektor überwunden werden. Er stellt sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse  
493 bereit, die längerfristig ausgestaltet werden. Der Sektor muss offen sein für Arbeitsfördergesellschaften  
494 sowie die Privatwirtschaft. Im Gegensatz zur bisherigen Regelung ist es Sozialunternehmen sowohl  
495 erlaubt, einen Umsatz anzustreben und zu erzielen, der die öffentlichen Kosten senkt, als auch sich  
496 pragmatisch am gesellschaftlichen Bedarf zu orientieren.

497

## **Gute Bildung und Lebenschancen für alle von Anfang an.**

498 In der heutigen, stark auf Wissen basierten Gesellschaft ist Bildung die wichtigste Voraussetzung für  
499 gesellschaftliche Teilhabe, für individuellen Wohlstand und für die politische Bewältigung der großen  
500 gesellschaftlichen Herausforderungen. Ohne Bildung gibt es kein selbstbestimmtes, kulturvolles Leben.  
501 Dieses Potenzial kann nur dann in vollem Umfang aktiviert werden, wenn der Zugang zur Bildung für alle  
502 nicht nur auf dem Papier steht, sondern auch umgesetzt wird. Gute Bildung ist Bildung für nachhaltige  
503 Entwicklung. Der Landesaktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung soll fortgeschrieben und mit  
504 Leben erfüllt werden.

505 Wir haben in den vergangenen Jahren vieles stabilisieren und manches verbessern können, aber wir  
506 sind noch lange nicht am Ziel. Noch immer ist eine umfassende soziale Gleichheit in der  
507 Bildungsteilhabe nicht gesichert. Der Zugang zu Bildung ist zu stark vom Status der Eltern abhängig.  
508 Frühe Auslese durch ein gegliedertes Schulsystem schneidet Bildungschancen ab. Die Schulklassen  
509 sind, speziell in den Ballungsräumen, noch immer zu groß. Eine nachhaltige Personalausstattung zu  
510 gewährleisten, ist noch immer an eine große Kraftanstrengung des Landes gebunden. Die Qualität  
511 schulischer Bildung muss angesichts künftiger Herausforderungen deutlich verbessert werden. Hinzu  
512 kommt, dass die Schulbildung strukturell nicht hinreichend auf die Anforderungen eingestellt ist, die  
513 aus den divergierenden demografischen Entwicklungen in den verschiedenen Landesteilen erwachsen.

514 Brandenburg hat den Paradigmenwechsel, der dem Thema Bildung wirklich oberste Priorität in der  
515 Gesellschaft, in Denken und Handeln, verschafft, noch vor sich. Schaffen kann ihn Brandenburg nicht  
516 allein. Angesichts der erheblichen Diskrepanzen in der Finanzausstattung der Länder muss auch der  
517 Bund hier stärker in die Verantwortung genommen werden.

518 Bildung beginnt in der frühen Kindheit. In Brandenburg wird traditionell großer Wert auf frühkindliche  
519 Bildung und Erziehung gelegt. Im Hinblick auf Versorgungsdichte und Qualität der frühkindlichen  
520 Erziehung nimmt unser Land in Deutschland eine Spitzenposition ein. Die Zahl der betreuten Kinder ist  
521 in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Inzwischen besuchen die Hälfte aller Kinder unter drei  
522 Jahren und nahezu alle Kinder zwischen drei und sechs Jahren eine Kindertageseinrichtung.

523 Unser Land soll seine Spitzenposition bei der frühkindlichen Bildung weiter ausbauen - das wollen wir in  
524 den nächsten Jahren sichern. Der Impuls zu einer deutlichen Verbesserung des Betreuungsschlüssels  
525 ging in der vergangenen Legislatur von der LINKEN aus. Dieser Prozess ist fortzusetzen. In den  
526 Kindertagesstätten sollen daher bei den 1- bis 3-Jährigen eine Erzieherin bzw. ein Erzieher auf 5 Kinder  
527 (statt bisher 6), bei den 3- bis 6-Jährigen auf 11 (statt bisher 12) kommen. Kita-Leiterinnen muss mehr  
528 Zeit für pädagogische Arbeit gewährt werden (Leitungsfreistellung). Dazu ist die Ausbildung und  
529 Einstellung von 1.500 Erzieherinnen und Erziehern zu gewährleisten.

530 Das Kita-Angebot muss entsprechend der jeweiligen demografischen Entwicklung in den einzelnen  
531 Regionen und in seiner Struktur bedarfsgerecht erhalten werden. Die Qualifikation der Erzieherinnen  
532 und Erzieher wollen wir durch spezialisierte Bildungsangebote im Hochschulbereich weiter verbessern.

533 Auch Kindertagesstätten müssen zu inklusiven Einrichtungen entwickelt werden. Inklusion darf nicht  
534 erst in der Schule, sondern muss bereits in der Kita beginnen. Das Einschulungsalter sollte bei 6 Jahren  
535 liegen.

536

537 Bessere schulische Bildung heißt für uns: Größere Verlässlichkeit von Schule, bessere  
538 Personalausstattung, Erhöhung der Unterrichtsqualität, Minimierung des Unterrichtsausfalls,  
539 Verringerung der Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss und Erhalt der Schulstandorte, vorrangig der  
540 Grundschulstandorte im ländlichen Raum.

541 Dazu halten wir einen Einstellungsbedarf von 4.400 Lehrkräften bis 2019 für geboten (3.600 Ersatz für  
542 ausscheidende Lehrkräfte und 800 zusätzlich).

543 Das bedarf großer Kraftanstrengungen hinsichtlich der professionsorientierten Ausbildung der  
544 Lehrkräfte unter Berücksichtigung der quantitativen Bedarfe und darüber hinaus eines

545 Seiteneinsteigerprogramms. Die Lehrkräfteausbildung muss vom ersten Tag an praxisbezogener  
546 werden, die Fachdidaktiken und das Zentrum für Lehrerbildung an der Universität Potsdam gilt es zu  
547 stärken. Attraktivere Rahmenbedingungen sollen die Anwerbung junger Lehrkräfte erleichtern und  
548 Abwanderung von Hochschulabsolventinnen und -absolventen mit Lehramtsstudium verhindern.

549 Unser Ziel ist und bleibt die **Gemeinschaftsschule**, die eine inklusive, demokratisch verfasste  
550 Ganztagschule ist. An ihr soll ein multiprofessionelles Team arbeiten, zu dem neben den Lehrkräften  
551 u.a. Inklusionspädagogen, Schulsozialarbeiter, Schulpsychologen bis hin zu Schulkrankenschwestern  
552 gehören. Diesem Ziel folgen wir mit Augenmaß und bauen – gemeinsam mit den Schulen und den dort  
553 Beschäftigten, mit der GEW, mit Eltern, Schülerinnen und Schülern sowie Kommunen –  
554 Voraussetzungen für längeres gemeinsames Lernen in einer Schule für alle Kinder mit guten  
555 Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte auf. Aus pädagogischen und demografischen Erwägungen halten wir  
556 die Gemeinschaftsschule für ein zukunftsfähiges Modell für Brandenburg. Doch dieses Projekt kann nur  
557 gelingen, wenn es von den Beteiligten gewollt, von unten wächst und auf freiwilliger Basis geschaffen  
558 wird.

559 Die nächsten Schritte zu längerem gemeinsamen Lernen, die in der Legislaturperiode bis 2019 zu  
560 realisieren sind, sollten daher aus unserer Sicht folgende sein:

- 561 ● Die Durchlässigkeit der bestehenden Schulformen muss erhöht werden. Dazu sind gleiche  
562 Rahmenlehrpläne und Stundentafeln für Oberschulen, Gesamtschulen und Gymnasien bis  
563 Klasse 9 nötig. Die Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe sind zu stärken, da sie dem  
564 pädagogischen Konzept der Gemeinschaftsschule am nächsten kommen.
- 565 ● Einführung einer flexiblen Schulausgangsphase zum Abitur. Schülerinnen und Schüler sollen  
566 selbst entscheiden, ob sie das Abitur in 12 oder 13 Jahren absolvieren wollen.
- 567 ● Es sind Anreize zur Zusammenführung von Grund- und weiterführenden Schulen zu schaffen.
- 568 ● Bei der Begabungsförderung wird zugunsten besonderer Begabungen umgesteuert, die  
569 Leistungs- und Begabungsklassen laufen aus
- 570 ● Es bedarf des Einsatzes von mehr Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeitern und Sonder-  
571 bzw. Inklusionspädagoginnen und -pädagogen.
- 572 ● Unter Berücksichtigung der Erfahrungen der Pilotphase Inklusive Grundschule werden weitere  
573 inklusive Grundschulen geschaffen.
- 574 ● Zum Schuljahr 2017/18 soll eine wissenschaftlich begleitete Pilotphase begonnen werden, in  
575 der unterschiedliche Organisationsformen von Gemeinschaftsschulen zugelassen werden (u.a.  
576 Gesamtschule, aufwachsende Grundschule, Kooperation zwischen Grundschule und Schule der  
577 Sek I, Schule der Sek I ohne Grundschule oder Fusionsmodell – Schulverbünde, die als  
578 Kooperationen zwischen der Grundschule und Schule der Sek I gestartet sind, fusionieren zu  
579 einer Organisationseinheit)
- 580 ● Zur Unterstützung der Lehrkräfte beim Umgang mit Vielfalt bedarf es einer Aus- und  
581 Fortbildungsoffensive.  
582

583 Kinder lernen in unseren Schulen ihre Rechte kennen und wissen, wie und wo sie bei Verstößen Hilfe  
584 erwarten können. Sie werden auch darüber informiert, dass wir in einem toleranten und weltoffenen  
585 Land leben, in dem alle Menschen willkommen sind und nicht nur Frauen und Männer gemeinsam  
586 leben.

587  
588 Im Land hat sich eine vielfältige Hochschul- und Forschungslandschaft herausgebildet, die es auch  
589 zukünftig zu pflegen gilt. Gegenwärtig sind an den Hochschulen Brandenburgs etwa 50.000 Studierende  
590 immatrikuliert, knapp die Hälfte davon kommt aus Brandenburg selbst. Diese Gesamtzahl wollen wir  
591 halten. Nicht nur zur Realisierung dieses Zieles, sondern ebenso für die Verbesserung der Lehr- und  
592 Lernbedingungen an den Hochschulen Brandenburgs wollen wir uns einsetzen. Von zentraler Bedeutung  
593 sind dabei die Verbesserung der Qualität der Lehre und der sozialen Rahmenbedingungen des  
594 Studiums. Für die langfristige Verbesserung der Lehrqualität streben wir zudem eine öffentliche  
595 Ausfinanzierung der Hochschulen an. Hochschulen sind ein Ort, an denen der Raum für eine kritische  
596 Wissenschaft gegeben sein muss. Die Abhängigkeit der Finanzstruktur der Hochschulen von

597 nichtstaatlichen Drittmittelgebern und ihren kurzweiligen wirtschaftlichen Interessen, muss daher  
598 überwunden werden.

599 In einem ersten Schritt werden wir in der kommenden Wahlperiode den Hochschuletat um 50 Millionen  
600 aufstocken. Außerdem wollen wir mehr Transparenz bei der Verwendung von Drittmitteln und eine  
601 Grundsatzdebatte über die Finanzierung von Wissenschaft durch nicht-staatliche Institutionen.

602 Wir wollen möglichst viele Studierende zu einem Studienabschluss führen; dabei soll der  
603 Masterabschluss die Regel sein um allen Bachelorabsolventinnen und -absolventen die Möglichkeit  
604 einer weiteren Qualifikation zu bieten. Prekäre Beschäftigung an Hochschulen ist zurückzudrängen.  
605 Dazu müssen u.a. Daueraufgaben mit Dauerstellen abgedeckt und langfristige  
606 Beschäftigungsverhältnisse abgeschlossen werden. Auch setzen wir uns für einen Tarifvertrag für  
607 studentische Beschäftigte ein.

608

609 Sollen Studierende im erfolgreichen Abschluss ihres Studiums unterstützt werden gilt es insbesondere  
610 die sozialen Rahmenbedingungen zu verbessern. Hierzu zählen unter anderem die Bereitstellung von  
611 preiswertem Wohnraum und einer guten Kinderbetreuung. Eine sozial gerechte und solidarische  
612 Bildungspolitik muss die Türen zur Hochschule weit offen halten. Dies gilt insbesondere für Kinder aus  
613 einkommensschwachen und bildungsfernen Haushalten. Studiengebühren – egal in welcher Form –  
614 wird es mit uns weiterhin nicht geben; die Rückmeldegebühren gehören abgeschafft. Wir treten  
615 grundsätzlich für ein elternunabhängiges Bafög ein.

616 Generell soll es mehr Durchlässigkeit in der höheren Bildung geben: Für die Zulassung zum Studium,  
617 zwischen den Studiengängen sowie zwischen den Hochschulen und speziell auch zwischen  
618 Hochschulen und Universitäten. Einen wichtigen Schritt sind wir mit der Ausweitung des  
619 Hochschulzugangs in dieser Wahlperiode schon gegangen. Um Bildungsgerechtigkeit und  
620 Chancengleichheit weiter voranzutreiben, sollte jede akademische Lehrereinrichtung ein Diversity-  
621 Konzept erarbeiten und umsetzen. Für die kommende Wahlperiode werden wir ein  
622 **Hochschulzulassungsgesetz** einbringen.

623 Mehr Durchlässigkeit benötigt aber auch mehr Kooperation zwischen den Hochschulen. Gemeinsame  
624 Studiengänge oder hochschulübergreifende Forschungskonzepte wollen wir ebenso fördern wie eine  
625 Zusammenarbeit verschiedener Hochschultypen. Als Modellprojekt wollen wir besonders  
626 **forschungsstarken Fachbereichen der Fachhochschulen das Promotionsrecht** verleihen.

627 Zugang zu höherer Bildung hat auch eine räumliche Dimension. Daher sollten die Brandenburger  
628 Hochschulen als Verbund in zentralen Orten der dünner besiedelten ländlichen Räume eigene  
629 Präsenzstellen einrichten, an denen sie ihre Angebote vermitteln und das Interesse an einem Studium  
630 wecken. Dies kann verknüpft werden mit Weiterbildungsplattformen, die lebenslanges Lernen im  
631 ganzen Land unterstützen.

632 Hochschulen sind für uns nicht nur ein Lern- und Lehrort, sondern auch eine „Schule fürs Leben“. Daher  
633 müssen sich zentrale gesellschaftliche Themen wie Gleichstellung, Barrierefreiheit oder Demokratie  
634 auch hier wiederfinden. Die Konzepte der familienfreundlichen Hochschulen müssen konsequent  
635 umgesetzt und Frauen gezielt auf dem wissenschaftlichen Karriereweg gefördert werden. Wir vertreten  
636 weiterhin das Ziel, Hochschulgremien viertelparitätisch zu besetzen. Auch halten wir an dem Ziel fest,  
637 die Hochschulen über eine **Zivilklausel** auf eine nachhaltige und friedliche Forschung zu verpflichten.

638 Eine zentrale Bedeutung hat für uns der wissenschaftliche Nachwuchs. Ihn wollen wir nicht nur durch  
639 planbare Karrierewege und entsprechende Arbeitsbedingungen unterstützen, wir wollen ihn auch durch  
640 Graduiertenschulen, Forschungs-Netzwerke und den Aufbau einer **landesweiten Post-Doc-Akademie**  
641 befördern

642 Der Praxisbezug und insbesondere die enge Kooperation mit der Wirtschaft in der Region zählen zu den  
643 Stärken der brandenburgischen Hochschulen, die weiter gefördert werden sollen. Die Vernetzung mit  
644 den entstehenden Kompetenzclustern sowie Forschungs- und Bildungseinrichtungen im  
645 Metropolenraum um Berlin wie auch in den Wachstumskernen Brandenburgs stellen ein großes

646 Potenzial dar, das es weiter auszuschöpfen gilt. Weiter vorantreiben wollen wir die Einrichtung von  
647 Gründerzentren an Hochschulen. Zur Unterstützung bei der Ausgründung von Unternehmen werden  
648 entsprechende Rahmenbedingungen angeboten. Mit dieser Strategie werden Innovationspotenziale und  
649 innovative Menschen für ein Leben und Arbeiten in Brandenburg gewonnen.

650 Wir wollen die Hochschule für Film und Fernsehen zur **ersten deutschen Filmuniversität**  
651 weiterentwickeln.

652 Brandenburg soll die **Initiative für einen Hochschulpakt III** übernehmen, der den Schwerpunkt auf die  
653 grundhafte Verbesserung der Lehrbedingungen an den Hochschulen legt und dessen  
654 bildungspolitischen Ziele sich konsequent an den Anforderungen einer solidarischen  
655 Wissensgesellschaft ausrichten.

656

657 Landes- und Kommunalpolitik müssen sich ihrer Verantwortung für den Erhalt der in Brandenburg  
658 gesprochenen und europarechtlich geschützten Sprachen Niedersorbisch, Niederdeutsch und Romanes  
659 (u.a. durch Förderung des schulischen Angebots und von Lehrerfortbildungen) stellen. Wir stehen für  
660 eine integrative Minderheitenpolitik, die die Kulturen und Sprachen aller ethnischen Minderheiten wie  
661 aller Regionalsprachen als Bereicherung im Zusammenleben von Menschen in unserem Land  
662 betrachtet. Insbesondere das Brandenburger Bildungssystem muss sehr viel stärker als heute die  
663 Bedürfnisse derjenigen berücksichtigen, die eine anerkannte Minderheiten- oder Regionalsprache noch  
664 als Muttersprache sprechen oder sich diese als Mutter- oder Fremdsprache aneignen wollen.

665 Das neue **Sorben/Wenden**-Gesetz stellt auch neue Anforderungen für den Kita- und Schulbereich, die  
666 Lehrerbildung/-weiterbildung und den Wissenschaftsbereich, die gesetzgeberisch und praktisch zu  
667 bewältigen sind. Insbesondere das bilinguale Witaj-Projekt ist endlich auf entsprechende  
668 konzeptionelle, schulorganisatorische, personelle und finanzielle Grundlagen zu stellen. Mit einem  
669 Gesamtkonzept zur Vermittlung der niedersorbischen/wendischen Sprache sind konkrete Schritte zur  
670 Fortführung des Witaj-Projekts und der Erhöhung der Qualität der sprachlichen Bildung umzusetzen.

671

672 **Berufliche Bildung** steht nach unserer Überzeugung allen Jugendlichen als Grundrecht zu. In diesem  
673 Zusammenhang bleibt unsere Forderung nach einer gesetzlich verbindlichen Ausbildungsplatzumlage  
674 aktuell. Auszubildende Betriebe werden durch die Mittel derer gefördert, die sich um diese Verantwortung  
675 drücken.

676 Die Berufsorientierung wollen wir dadurch erleichtern, dass wir den Praxisbezug von Schule landesweit  
677 und generell deutlich stärken. In der Kooperation mit Handwerkskammern gibt es dafür bereits gute  
678 Erfahrungen. Wir wollen eine frühzeitige ganzheitliche Berufs-, Arbeits- und Lebensweltorientierung an  
679 allen allgemeinbildenden Schulen als Orientierungsphase für eine praxisnahe Auseinandersetzung mit  
680 Berufsfeldern.

681 Wir streben an, in Brandenburg eine Berufsausbildung mit Abitur einzuführen.

682 Wir wollen Berufsausbildung auch in ländlichen Regionen attraktiv halten. Standorte von  
683 Oberstufenzentren und Berufsschulen wollen wir halten, einen Ausbau der Wohnheimplätze prüfen.

684 Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt der Ausbildungs- und beruflichen Förderung von Jugendlichen  
685 mit Behinderungen. Die Berufsausbildung dieser Jugendlichen findet zwar statt, wird aber viel zu selten  
686 im Betrieb und viel zu oft außerbetrieblich umgesetzt. Und dies, obwohl es aufgrund so fehlender  
687 praktischer Erfahrungen als ein Manko für den späteren Berufseinstieg gilt. Aber es gibt Angebote  
688 staatlicher Förderung für Unternehmen, wenn sie junge Menschen mit Behinderungen ausbilden und  
689 ihnen Weiterbeschäftigungschancen einräumen. Diese Angebote wollen wir aktivieren, bewerben und  
690 den Betrieben wie den Jugendlichen selbst nahe bringen. Insgesamt ist das Förderangebot in dieser  
691 Hinsicht weiter zu verbessern und auszubauen.



692 Für eine weitere, arbeitsmarktpolitisch vernachlässigte Gruppe setzen wir uns ein: Die jungen  
693 Erwachsenen zwischen 25 und 35 Jahren ohne abgeschlossene Berufs- oder sogar Schulausbildung.  
694 Hier fordern wir Stärkung und Ausbau vorhandener Initiativen, die dieser Gruppe durch geeignete Aus-  
695 und Weiterbildungsmöglichkeiten eine zweite Chance auf einen Berufseinstieg bieten. Das nutzt den  
696 jungen Menschen - und kann zugleich einen wichtigen Beitrag zur Deckung des landesweiten  
697 Fachkräftebedarfs leisten.

698

699 Angesichts der Herausforderungen, die mit dem lebenslangen Lernen verbunden sind, erhält die  
700 allgemeine, politische und kulturelle **Weiterbildung** zunehmende Bedeutung, zumal der  
701 Weiterbildungsbereich bereits heute von seinen Teilnehmerzahlen her der größte Bildungssektor ist.

702 Es gilt, die Rahmenbedingungen für die Weiterbildung weiter zu verbessern. Es muss ermöglicht  
703 werden, dass jede Bürgerin und jeder Bürger, unabhängig von der individuellen sozialen Lage, ein  
704 breites Spektrum von Beratungs- und Bildungsangeboten nutzen kann. Dazu gilt es das Netz an  
705 Volkshochschulen und anderen Weiterbildungsträgern in seiner Vielfalt zu erhalten, zu stützen und  
706 finanziell besser auszustatten.

707 Praktika sind keine Arbeits- sondern Lernverhältnisse. Sie sollen daher in den Geltungsbereich des  
708 Berufsbildungsgesetzes aufgenommen werden. Für alle Praktika, ausbildungs- wie studienbegleitende,  
709 soll eine Vergütung von mindestens 300 Euro im Monat erfolgen. Praktikantinnen und Praktikanten mit  
710 Ausbildungs- oder Studienabschluss wiederum soll in der Regel der Berufseinstieg über reguläre  
711 Arbeitsverträge mit den gängigen Probezeiten ermöglicht werden; oder es sind ordentliche  
712 Honorarverträge abzuschließen. In beiden Fällen sind die branchenüblichen Löhne zu zahlen.  
713 Schülerpraktikantinnen und -praktikanten sollen mindestens für den anfallenden zusätzlichen Aufwand  
714 entschädigt werden.

715

716

## 717 **Mehr Lebensqualität.**

718 Vielerlei Umstände müssen zusammen kommen, damit Menschen ein gutes Leben führen können -  
719 private wie gesellschaftliche. Aber bestimmte Grundvoraussetzungen dafür braucht jeder Mensch. Er  
720 braucht Energie. Er braucht sauberes Trinkwasser. Er braucht angemessenen Wohnraum. Sichere  
721 Lebensmittel. Gesundheitliche Versorgung. Er braucht Kommunikation aller Art - von der Mobilität bis  
722 zum persönlichen, fernmündlichen, schriftlichen und virtuellen Informationsaustausch. Er braucht den  
723 Zugang zur Verteilung von öffentlichen Gütern und von Waren und zu elementaren  
724 Finanzdienstleistungen. Schließlich geht es um die Erlangung des notwendigen Wissens und der  
725 notwendigen Kulturtechniken, die der Mensch braucht, um in der modernen Welt bestehen zu können.

726 Und es geht um mehr: Es geht nicht nur um die Versorgung, sondern auch um die Entsorgung. Nicht nur  
727 um die Bereitstellung von Energie und Transportmitteln, sondern auch um die damit verbundenen  
728 Belastungen für Mensch, Natur und Umwelt. Nicht nur um Trinkwasser, sondern auch um Abwasser.  
729 Nicht nur um den Konsum, sondern auch um dessen Rest - den Müll. Nicht nur um die Organisation von  
730 (großen) Gemeinwesen, sondern auch um die Gewährleistung von Hygiene und Sauberkeit dort. Um  
731 Seuchenschutz und Prophylaxe. Um den Katastrophenschutz.

732 All diese Dinge gehören zur **öffentlichen Daseinsvorsorge**. Was sie zu leisten hat, darf nicht von den  
733 Regeln des Marktes bestimmt und nicht den Gesetzen des Profitstrebens unterworfen werden.  
734 Daseinsvorsorge - das bedeutet staatliche Verantwortung und kommunale Pflicht. Alle  
735 Brandenburgerinnen und Bürger haben das Recht auf elementare öffentliche Leistungen. Vor dem  
736 Hintergrund der unterschiedlichen Bevölkerungsentwicklung in Berlin nahen und Berlin fernen Regionen  
737 bedarf es neuer Konzepte, um die öffentliche Daseinsvorsorge auch künftig zu sichern.

738

739 Wir haben es seit 2009 geschafft, alle **Krankenhaus**-Standorte in Brandenburg zu erhalten und die  
740 flächendeckende Versorgung mit Krankenhausleistungen auch künftig zu sichern. Die Einführung  
741 planbarer Investitionspauschalen hat für Krankenhäuser eine höhere Flexibilität der  
742 Fördermittelverwendung und größere Investitionsspielräume für Krankenhausträger geschaffen. Die  
743 Stärkung der Krankenhäuser als Anker der gesundheitlichen Versorgung bleibt Richtschnur unserer  
744 Gesundheitspolitik. Nur so wird es in Zukunft möglich sein, die medizinische Versorgung im ganzen  
745 Land sicherzustellen. Krankenhäuser und Rehakliniken müssen in die Lage kommen, ambulante  
746 Versorgung anzubieten. Das hilft den Menschen in der Region - und stärkt gleichzeitig wieder die  
747 Standorte. Um das durchzusetzen, braucht es mehr Gestaltungsspielraum für die Länder.

748 Zur Stärkung der kommunalen Krankenhäuser befördern wir Bestrebungen für weitere Vernetzungen  
749 und Kooperationen. Wir halten einen brandenburgischen Verband der kommunalen Krankenhäuser für  
750 sinnvoll.

751

752 Was die Finanzierung der Krankenhäuser anbelangt, so wollen wir sie für die kommende Wahlperiode  
753 auf mindestens derselben Höhe wie seit unserem Regierungseintritt 2009 (400 Millionen Euro) halten,  
754 um bei knapper werdenden Ressourcen Versorgungsqualität und die erreichten Standards zu erhalten.

755 Die gesundheitliche Betreuung vor allem in den weniger dicht besiedelten Regionen verlangt jedoch  
756 mehr als stabile Krankenhäuser. Wir haben uns gemeinsam mit den Akteuren des Gesundheitswesens  
757 in Brandenburg dabei bereits auf einen guten Weg gemacht.

758 Das Brandenburger Modell der Gemeindeschwester AGNES II ist ein bundesweit bislang  
759 unübertroffenes Modell zur Betreuung von Patientinnen und Patienten und zur Entlastung von Ärztinnen  
760 und Ärzten durch besonders geschultes medizinisches Personal. Wir wollen, dass die  
761 Gemeindeschwester AGNES zum Standard im Land wird - für alle bedürftigen Patientinnen und  
762 Patienten, unabhängig von ihrer Krankenkasse.

763 In dünn besiedelten Regionen muss die Ansiedlung von Ärztinnen und Ärzten durch attraktive Arbeits-  
764 und Lebensbedingungen und durch bessere Rahmenbedingungen für die hausärztliche Berufstätigkeit  
765 unterstützt werden.

766 Wie die Erfahrung zeigt, reicht aber auch das alles nicht aus. Die künftige Sicherstellung der  
767 flächendeckenden gesundheitlichen Versorgung erfordert neuartige Versorgungsmodelle, die es zu  
768 entwickeln, zu erproben und umzusetzen gilt. Das kann nur mithilfe gemeinsamer Aktivitäten aller  
769 Akteure der gesundheitlichen Versorgung und unter Einbeziehung der infrastrukturellen  
770 Rahmenbedingungen gelingen. Den Raum dafür bildet die Arbeit im gemeinsamen Landesgremium.

771 • Dazu werden auch künftig medizinische Versorgungszentren zählen, die mit angestellten  
772 Ärztinnen und Ärzten die ambulante Betreuung mit absichern. Auch die Möglichkeit, dass  
773 Ärztinnen und Ärzte direkt bei der Kassenärztlichen Vereinigung angestellt werden, kann Wege  
774 zu stabilerer Betreuung eröffnen.

775 • Bereitschaftspraxen an Krankenhäusern, wie derzeit schon in Potsdam, Eberswalde und  
776 Cottbus durch die Kassenärztliche Vereinigung und die Krankenhäuser geführt, helfen  
777 Patientinnen und Patienten bei akuten, aber nicht lebensbedrohlichen Erkrankungen und  
778 entlasten den ärztliche Bereitschaftsdienst der Rettungsstellen.

779 • Weite Wege zwischen Ärztin bzw. Arzt und Patientinnen und Patienten können aber auch  
780 einfach vermieden werden - durch die Nutzung der heutigen Kommunikationstechnologien,  
781 durch Telemedizin. Kontinuierlich zu überwachende medizinische Werte können durch  
782 moderne, leicht zu bedienende Geräte auch zu Hause von den Patientinnen und Patienten  
783 selbst erfasst, via Internet an Fachleute übertragen und dort ausgewertet werden. Im Notfall ist  
784 die Ärztin bzw. der Arzt dann schnell vor Ort - oder sind die Hilfsbedürftigen schnell in die Klinik  
785 geholt.

786 • Zur weiteren Sicherstellung der flächendeckenden gesundheitlichen Versorgung sind bisherige  
787 modellhafte mobile Versorgungsformen, wie mobile Zahnarztpraxen oder der Patientenbus,  
788 auszubauen.

789  
790 Landesweit streben wir eine Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) an. Er spielt eine  
791 wichtige Rolle bei der Vorbeugung von Krankheiten und insbesondere für die Gesundheit der Kinder. In  
792 den letzten Jahren ist er bundesweit Stück für Stück an den Rand des öffentlichen Bewusstseins und  
793 der Politik geraten - gegen den Widerstand der LINKEN, denn als dritte Säule des Gesundheitswesens  
794 steht er vor allem für Prävention und Gesundheitsvorsorge. Die Arbeit des ÖGD muss erleichtert und  
795 öffentlich aufgewertet werden. Wir sehen den Öffentlichen Gesundheitsdienst als wichtigen Partner für  
796 alle Beteiligten bei ihren Bemühungen um die Gesundheit der Brandenburgerinnen und Brandenburger  
797 an. Gesundheitsämter und niedergelassene Ärzte z.B. können und sollen aus unserer Sicht verstärkt  
798 zusammenarbeiten. Gesundheitsvorsorge ist eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft. DIE LINKE setzt  
799 sich für ein Bundesgesetz zur Förderung der Prävention ein.

800 Das „Netzwerk Gesunde Kinder“ und das „Bündnis Gesund aufwachsen“ setzen sich dafür ein, dass  
801 Kinder und Jugendliche in Brandenburg gesund aufwachsen. Diese sollen weiterhin unterstützt werden.

802 Für die gesundheitliche Versorgung im Land ist die **Sicherung des Fachkräftebedarfs** eine zentrale  
803 Frage. Wir brauchen Ärztinnen und Ärzte sowie Pflegefachkräfte im Land. Wir sehen weitere  
804 Kooperationsvereinbarungen der brandenburgischen Krankenhäuser zur Ärzte-Ausbildung vor. Die  
805 erfolgreiche Kooperation zwischen Brandenburger Lehrkrankenhäusern und der „Charité –  
806 Universitätsmedizin Berlin“ und der Universität Rostock soll fortgesetzt und ausgebaut werden und  
807 weitere Kooperationsmöglichkeiten erschlossen werden. Einen guten Weg eröffnet auch die  
808 Unterstützung z.B. von Krankenhäusern für Medizinstudentinnen und -studenten, sofern diese sich  
809 bereit erklären, nach Abschluss der Ausbildung mindestens drei Jahre dort zu arbeiten.

810

811 Gute häusliche, ambulante und stationäre **Pflege** wird für immer mehr Brandenburgerinnen und  
812 Brandenburger wichtig. Seit Einführung der Pflegeversicherung in den 90er Jahren haben sich die

813 Anforderungen gewandelt. Ein neuer Begriff von Pflegebedürftigkeit entsteht, der den bedürftigen  
814 Menschen stärker ins Zentrum rückt - damit auch Demenzkranke. Die damit verbundenen Einsichten  
815 müssen jedoch im notwendigen Umfang um- und durchgesetzt werden. Die Bundesregierung  
816 verschleppt die Dinge mehr als sie sie fördert. Bereits beschlossene Beitragssteigerungen kommen nur  
817 teilweise direkt den Pflegebedürftigen zugute; die bezahlte Freistellung von pflegenden Angehörigen ist  
818 zu kurz.

819 Aber auch im Land können und müssen Dinge angepackt werden.

820 Das beginnt auch hier mit der praktischen Durchsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes. Für  
821 bislang knapp die Hälfte der in Brandenburg zugelassenen ambulanten Pflegedienste - die im  
822 Fachverband organisierten - gibt es seit Jahresende 2013 eine entsprechende Vergütung, für die von  
823 ihnen Betreuten mehr Leistungen.

824 In anderen Fällen reagieren die Kostenträger zu schleppend und die in Brandenburg zuständigen  
825 Kommunen nehmen ihre Verantwortung sehr unterschiedlich wahr. Das betrifft auch die Bezahlung der  
826 Pflegekräfte.

827 Wir werden dafür sorgen, dass die Landespolitik auf hohe Standards bei der Pflege im ganzen Land  
828 drängt. Das kann durch

- 829 ● Schaffung von Standards in der Bedarfsermittlung
- 830 ● Kontrolle und Verbesserungen der Strukturen der Aufsicht für wohnunterstützende Maßnahmen
- 831 ● Verbesserung der Rahmenbedingungen für Assistenzmodelle
- 832 ● Weiterentwicklung der Pflegestützpunkte
- 833 ● Deinstitutionalisierungs-Konzepte und -Programme
- 834 ● Schaffung alternativer Wohnformen mit individuellen Lösungskonzepten und
- 835 ● bessere und einheitliche Bezahlung der Pflegekräfte

836 geschehen. Dabei folgen wir dem Grundsatz „ambulant vor stationär“.

837 Auch im Pflegebereich brauchen die Beschäftigten eine starke Interessenvertretung. Dies kann durch  
838 die Einrichtung einer Pflegekammer geschehen. Sie würde - sofern die Idee bei den Betroffenen auf  
839 Gegenliebe stößt - das gesamte Pflegepersonal umfassen und mit ähnlichen Einflussmöglichkeiten  
840 ausstatten wie Ärzteschaft oder Apothekerinnen und Apotheker.

841 Die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf wird auf lange Zeit eine Herausforderung für alle Betroffenen  
842 und Beteiligten sein. Brandenburg hat dazu in den letzten Jahren mit der INNOPUNKT-Initiative „Beruf,  
843 Familie, Pflegen. Neue Vereinbarkeitslösungen für Brandenburg“ nach eigenen Wegen gesucht. Die  
844 dabei gemachten Erfahrungen müssen nun breit ausgewertet und in neue Initiativen überführt werden.  
845 Klar ist, dass umfassende Information, individuelle Beratungsangebote sowie die flächendeckende  
846 Vernetzung aller relevanten Akteure Voraussetzung einer erfolgversprechenden Entwicklung sind.

847

848 Alles Leben ist endlich. Wer aus dem Leben scheidet, soll würdevoll und human sterben können.  
849 Hospize bieten dafür eine Möglichkeit. Wir wollen sie stärken und stabilisieren.

850 Für die Bedingungen im ländlichen Raum brauchen wir auch angemessene Finanzierungsstrukturen auf  
851 Bundesebene, beispielsweise für die ambulanten Hospizdienste.

852

853 Brandenburg ist auf dem Weg zu einem **kinderfreundlichen Land**. Dafür wird bereits viel getan, aber  
854 es bleibt auch noch viel zu tun.

855 Die Rechte des Kindes sind für uns ein hohes Gut. Sie sollen Leitlinien staatlichen Handelns sein. Um  
856 dies zu gewährleisten wollen wir die Stelle eines unabhängigen Landeskinderbeauftragten einrichten.  
857 Dieser soll kinderrechtliche Beratungs- und Ombudsfunktionen wahrnehmen sowie zukünftige  
858 (Gesetzes-)Vorhaben auf ihre Auswirkungen bezüglich der jüngeren Generation prüfen und bewerten.

859 Kinder und junge Menschen unter 25 Jahren gehören zu den am meisten von Armut gefährdeten  
860 Altersgruppen in Brandenburg. Knapp 27 Prozent der unter 3-Jährigen leben in Familien mit Hartz-IV-  
861 Leistungen. Dabei gibt es starke regionale Unterschiede: Im Landkreis Uckermark und in Frankfurt  
862 (Oder) liegt der Anteil bei über 40 Prozent! Das ist ein Zustand, mit dem sich die Gesellschaft auf Dauer  
863 nicht abfinden darf. Die Forderung der LINKEN nach einer armutsfesten Grundsicherung für Kinder  
864 bleibt aktuell!

865 Kinderarmut ist kein Problem, das isoliert gelöst werden kann. Notwendig sind Konzepte und  
866 Maßnahmen, die den Familien als Ganzes zugute kommen. Die Zahl der Kita-Plätze z.B. ist im  
867 zurückliegenden Jahrzehnt deutlich gestiegen, ebenso die Zahl der Einrichtungen. Für die Qualität in den  
868 Kitas erhält das Land gute Noten. Wir wollen diese starke Position weiter ausbauen. Dazu gehört die  
869 Verbesserung des Betreuungsschlüssels in den Kitas für alle Altersgruppen.

870 Nachteile für Kinder und Jugendliche aus armen Familien müssen durch staatliche und gesellschaftliche  
871 Anstrengungen so weit wie nur möglich kompensiert werden – durch eine entsprechende Regelung bei  
872 der Schülerbeförderung, durch gesundes Mittagessen in den Bildungseinrichtungen, durch finanzielle  
873 Zuschüsse mit geringen Zugangshürden. Der Schulsozialfond soll allen Kindern mit  
874 Unterstützungsbedarf unkompliziert offen stehen. Über die Förderungsmöglichkeiten sollen Eltern und  
875 ihre Kinder umfassend informiert werden.

876 Ein gutes Mittel gegen die Folgen von Kinderarmut sind kostenfreie und unkomplizierte  
877 Teilhabeangebote in den Bereichen Sport, Freizeit und Bildung, die von den Kindern selbständig  
878 wahrgenommen werden können. Dies gilt auch für das Schulesen oder Klassenfahrten sowie  
879 organisierte Kino- oder Theaterbesuche. Ein Instrument, das den Bedürfnissen aller Menschen in Armut  
880 gerecht wird, sind „Sozialtickets“ für einkommensschwache Menschen, die ein breites Spektrum an  
881 Bildungs-, Kultur-, Freizeit- und Mobilitätsangeboten erschließen. Wir wollen die Sozialtickets für Kinder  
882 und Familien in diesem Sinne ausbauen.

883 DIE LINKE setzt sich weiterhin für den Erhalt des 510-Stellenprogramms in der Jugendarbeit ein. Wir  
884 schätzen die Arbeit der Beschäftigten und erkennen den Wert für das Zusammenleben in unserem  
885 Gemeinwesen. Zusätzlich möchten wir den Einsatz einer Schulsozialarbeiterin bzw. eines  
886 Schulsozialarbeiters an den Schulen ermöglichen, wo dies mit Beschluss der Schulkonferenz gewünscht  
887 wird. Während die Kommunen Arbeitgeber der Schulsozialarbeit sein sollen, sehen wir die finanzielle  
888 Verantwortung auch auf Seiten des Landes. Klar ist dabei, dass dies nicht zulasten des 510-  
889 Stellenprogramms der Jugendarbeit gehen soll.

890 Viele junge Menschen engagieren sich im Rahmen von Freiwilligendiensten in den Bereichen Ökologie,  
891 Soziales und Kultur. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft und für ihre  
892 eigene Entwicklung. DIE LINKE sorgt dafür, dass der Umfang der Einsatzstelle erhalten bleibt und nach  
893 Möglichkeit weitere Stellen auch in neuen Einsatzgebieten, wie dem Sport oder für die Demokratie  
894 dazukommen werden.

895 Initiativen, Vereine und Verbände sorgen dafür, dass junge Menschen vielfältige Freizeitangebote  
896 wahrnehmen, Jugendeinrichtungen besuchen, an Austauschprogrammen teilnehmen und sich selbst  
897 verwirklichen können. Sie sind wichtige Sozialisationsinstanzen für das Aufwachsen in unserem Land.  
898 DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass diese wichtige Arbeit auch in Zukunft angemessen gefördert  
899 wird und Vereine wie Angebote sich weiter entwickeln können. Für die Begleitung der Träger sind die  
900 Jugendämter personell und qualitativ entsprechend auszustatten.

901 Es stimmt hoffnungsvoll, dass der Anteil junger Frauen an denjenigen, die unser Land verlassen, nicht  
902 mehr überdurchschnittlich hoch ist. Aber nach wie vor liegen auch in Brandenburg die Löhne und  
903 Gehälter von Frauen bei gleicher Qualifikation unter den vergleichbaren Bezügen von Männern. Gleicher  
904 Lohn für gleiche Arbeit ist ein elementares Gebot des Anstandes und kein besonderes Geschenk an  
905 Frauen. Ein kraftvolles, selbstbewusstes „Wir verdienen mehr!“ aus dem Mund der brandenburgischen  
906 Frauen ist mehr als angebracht und findet unsere volle Unterstützung!

907 Der Anteil von Frauen in Führungspositionen ist dramatisch gering. Eine Frauenquote von 50 Prozent für  
908 Führungspositionen ist überfällig. Dabei muss der Öffentliche Dienst als Vorbild voran gehen. Quoten

909 sind allerdings nur ein Mittel und kein Ziel, um paritätische Beteiligung von Frauen zu gewährleisten.  
910 Grundsätzlich geht es darum, die Potenziale, die Kreativität und die Schöpferkraft der Frauen in  
911 Wirtschaft und Verbänden, in Politik und Verwaltung, in Kultur und Wissenschaft für nachhaltige  
912 gesellschaftliche Entwicklung voll zur Geltung zu bringen.

913 Eine geschlechtergerechte Gesellschaft beginnt mit einer konsequenten Gleichstellungspolitik, die  
914 Frauen im Beruf, in der Politik, in den Medien eine gleichberechtigte Teilhabe sichert. Alle  
915 Politikbereiche müssen ihren Beitrag zur Geschlechtergerechtigkeit leisten. Ein selbstbestimmtes Leben  
916 erfordert eine andere Verfügungsmöglichkeit über die vorhandene Zeit: für Erwerbsarbeit, für Familie,  
917 für Bildung und kulturellen Austausch, für politische Einmischung, für ausreichend Erholung und Zeit für  
918 sich selbst. Wir brauchen Arbeitszeitmodelle, die es Müttern und Vätern ermöglichen, ihren Beruf mit  
919 Familie und Privatleben zu vereinbaren; Arbeitszeit ist so zu gestalten, dass alle die Möglichkeit haben  
920 Beruf, Familie Freizeit und Engagement in ihren Alltag zu integrieren.

921 Im Zusammenwirken mit dem Frauenpolitischen Rat wurde mit dem Gleichstellungspolitischen  
922 Rahmenprogramm 2011 bis 2014 ein konkretes Maßnahmenpaket verabschiedet, um die  
923 Geschlechtergerechtigkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen und Politikfeldern voranzubringen und  
924 strukturelle geschlechtsspezifische Benachteiligungen abzubauen. Das Programm wird im Dialog mit  
925 Frauenorganisationen und Initiativen regelmäßig aktualisiert und mündet in konkreten Schritten im  
926 Sinne der weiteren Gleichstellung von Frauen. Die Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des  
927 Öffentlichen Dienstes im Bereich der Gleichstellungs- und Genderpolitik deutlich zu verbessern, gehört  
928 für uns dazu.

929 Wir streben deutlich mehr Unabhängigkeit für die Gleichstellungsbeauftragten in Land und Kommunen  
930 an. Im Land sollte die Gleichstellungsbeauftragte allein dem Ministerpräsidenten unterstellt sein. In den  
931 Kommunen wäre viel gewonnen, wenn die Schwelle für die Berufung hauptamtlicher  
932 Gleichstellungsbeauftragter gesenkt würde. Derzeit ist das nur bei Städten mit mehr als 30.000  
933 Einwohnern möglich - wir wollen diese Grenze auf 20.000 bis maximal 25.000 senken. Damit hätten  
934 dann nicht nur fünf, sondern knapp 30 Städte eine kommunale Gleichstellungsbeauftragte.

935 Wir brauchen ein soziokulturelles Umfeld, das Frauen nicht nur eine berufliche und familiäre Perspektive  
936 eröffnet, sondern ein attraktives, freies und selbstbestimmtes Leben ermöglicht und dadurch neue  
937 gesellschaftliche Entwicklungspotenziale freisetzt. Die Entwicklung in den ländlichen Räumen erweist  
938 sich dabei als besondere Herausforderung. Durch den Rückbau von Strukturen sind besonders die  
939 Frauen betroffen - z.B. durch eingeschränkte Mobilität. Es geht um die Schaffung gleichwertiger  
940 geschlechtergerechter Lebensbedingungen.

941 Wir wollen eine emanzipatorische und zukunftsweisende Familienpolitik. Familienpolitik muss allen  
942 Menschen ein gutes planbares Leben ohne Zukunftsangst ermöglichen. Dafür müssen öffentliche  
943 Infrastruktur und soziale Sicherheit wirksam ausgebaut werden. Für junge Mütter, erst recht für  
944 Alleinerziehende, werden wir zielgerichtete materielle und immaterielle Unterstützung sichern, wenn es  
945 um den Ausbildungsabschluss bzw. den Start in die Berufstätigkeit geht.

946 Verbale und erst recht tätliche Gewalt gegen Frauen muss beendet werden. Opfern von Gewalt gehört  
947 unsere ganze Zuwendung. Wir sichern die Finanzierung und die Arbeitsfähigkeit der Frauenhäuser,  
948 einschließlich deren Barrierefreiheit und setzen uns für eine bundeseinheitliche Finanzierung ein. Schutz  
949 vor häuslicher Gewalt darf nicht vom Wohnort abhängen. Dafür muss der Bund finanzielle  
950 Verantwortung übernehmen.

951 Auch wir in der LINKEN müssen lernen, die Formen des Umgangs und unserer politischen Arbeit so zu  
952 verbessern, dass sie für auch für Frauen mit Familie und Beruf attraktiv sind, dass sie vor allem auch bei  
953 jungen Frauen politisches Mitmachen befördern.

954 Wir wollen die Berliner Initiative für Respekt und Akzeptanz sexueller Vielfalt auch in Brandenburg  
955 umsetzen und die Erfahrungen bei der Umsetzung in NRW aufgreifen, um damit die Diskriminierung von  
956 Lesben, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuellen abzubauen und ihre Akzeptanz zu stärken.

957 Ein neuer Aufbruch im gesellschaftlichen Bewusstsein steht an.

958

959 Das gilt auch für die Verbesserung der Lebensbedingungen von **Menschen mit Behinderung** in  
960 unserem Land. Betroffen sind hier alle Bereiche des Lebens - der Maßstab lautet: Inklusion. Jeder  
961 Mensch soll sich - unabhängig von seinen individuellen Voraussetzungen - so wie alle anderen,  
962 vollständig und gleichberechtigt und von Anfang an, an allen gesellschaftlichen Prozessen beteiligen  
963 können.

964 Deswegen ist es auch an der Zeit, in der neuen Landtagsfraktion nicht mehr eine behindertenpolitische  
965 Sprecherin oder einen behindertenpolitischen Sprecher zu berufen, sondern das Thema heißt:  
966 inklusionspolitisch!

967 Wir setzen uns also ein für:

- 968 • altersgerechte und barrierefreie Arbeitsplätze
- 969 • verbesserte Möglichkeiten von Menschen mit Behinderung auf dem 1. Arbeitsmarkt
- 970 • Bindung der Fördergeldern auch an das Kriterium der Barrierefreiheit und Sanktionierung bei Verstoß
- 971 • Verbesserung des Übergangs von der Werkstatt für Menschen mit Behinderung auf den 1.  
972 Arbeitsmarkt mit Rückkehrrecht und ohne Einbußen
- 973 • seniorengerechter und barrierefreier Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)
- 974 • Verbesserung der Berufsausbildung in anerkannten Berufen
- 975 • Aufnahme der Norm Barrierefreies Bauen (DIN 18040 Teil1 und 2) in die Bauordnung

976

977 Auch der bzw. die Landesbehindertenbeauftragte braucht mehr Unabhängigkeit. Er bzw. sie sollte  
978 ebenfalls direkt dem Ministerpräsidenten unterstellt sein.

979 Das Leben mit Behinderungen ist auch mit besonderen finanziellen Belastungen verbunden. Zum  
980 Ausgleich dieser Belastungen gibt es z. B. das Landespflegegeld - in anderen Ländern als Blindengeld  
981 bezeichnet. Es beträgt in Brandenburg 266,- Euro monatlich für Erwachsene und für Kinder die Hälfte.  
982 Brandenburg steht damit am unteren Ende im Ländervergleich. Damit soll Schluss sein - wir wollen eine  
983 Erhöhung des monatlichen Blindengeldes.

984

985

986 **Sicheren und bezahlbaren Wohnraum** zu finden, wird mittlerweile in einigen Städten und im  
987 Ballungsraum um Berlin immer schwieriger. In anderen Gegenden bereiten Leerstand und die fehlende  
988 ökonomische Kraft Probleme.

989 Mieterinnen und Mieter müssen durch Ausgleich von Vermieter- und Mieterinteressen geschützt  
990 werden. Dazu bleibt die Fortsetzung der Bundesfinanzierung bei der Wohnraumförderung  
991 Voraussetzung. Wir werden die Wohnraumförderung im Land fortsetzen und die Kofinanzierung für  
992 entsprechende Bundesprogramme - wie etwa für die Soziale Stadt - sicherstellen. Wo dies  
993 bundesrechtlich ermöglicht wurde und der Sache nach geboten ist, werden wir eine Mietpreisbindung  
994 einführen.

995 Wir haben das Landeswohnungsbauvermögen wieder eröffnet. Diesen Fonds, der rückzahlpflichtige  
996 Darlehen, nicht Zuschüsse ausreicht, werden wir als nachhaltiges Finanzierungsinstrument weiter  
997 nutzen, um den Mietwohnungsbau, aber auch das Wohneigentum zu fördern. Neben den energetischen,  
998 sozialen und demografischen Herausforderungen sollen insbesondere auch die Probleme von  
999 angespannten Wohnungsmärkten berücksichtigt werden. In Abhängigkeit der weiteren  
1000 Zinsentwicklungen wollen wir bis zu 50 Millionen Euro pro Jahr aus dem Landeswohnungsbauvermögen  
1001 bereitstellen und dabei das Landeswohnungsbauvermögen weiter entschulden.

1002 Die Verlängerung von Mietpreis- und Belegungsbindungen ist für uns ein weiteres Instrument, um auf  
1003 die angespannten Wohnungsmärkte in Potsdam und dem Berliner Umland zu reagieren.

1004 Im Dialog mit den Akteuren sollen Fortsetzung und Flexibilisierung von Mietpreis-, und  
1005 Belegungsbindungen zum Erhalt der sozialen Mischung der Wohnquartiere und der Erweiterung  
1006 bezahlbaren Wohnraums zielgenau gestaltet werden.

1007 Zunehmend gibt es Bedarf an seniorenrechtlichen, barrierefreien Wohnungen. Dem tragen wir Rechnung.  
1008 Die finanzielle Förderung neuer Wohnformen (z.B. Senioren WGs) muss so wenig kompliziert wie  
1009 mögliche gestaltet werden.

1010

1011 Heute ist **Mobilität** Voraussetzung für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

1012 Im Land Brandenburg sind viele Menschen auf den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)  
1013 angewiesen, um ihre Arbeitsstätte zu erreichen und wieder nach Hause zu kommen. Knapp 30% der  
1014 Erwerbstätigen im Land Brandenburg pendeln zu ihren Arbeitsplätzen außerhalb des Landes, sei es  
1015 nach Berlin, Sachsen, Sachsen-Anhalt oder Polen. Doch die Zukunft des ÖPNV ist heute ungewisser  
1016 denn je. So ist im Grundgesetz verankert worden, dass die Mittel des Bundes für den Ausbau von  
1017 Busnetzen, Straßenbahnen und U-Bahnen spätestens ab 2020 den Ländern gar nicht mehr zur  
1018 Verfügung stehen. Auf der einen Seite will der Bund im städtischen Nahverkehr einen ungezügelter  
1019 Wettbewerb und die Privatisierung der Bahn. Das lehnen wir ab. Auf der anderen Seite ist im  
1020 Personenbeförderungsgesetz die Umsetzung der Barrierefreiheit bis zum Jahr 2022 festgeschrieben.  
1021 Dieses Ziel unterstützen wir. Das Land darf aber bei der Finanzierung nicht allein gelassen werden.

1022 Uns geht es um integrierte regionale Verkehrskonzepte, die überregional angebunden sind. Dazu gehört  
1023 für uns, dass das Land seinen Beitrag zum Erhalt von nachhaltigen Verkehrsträgern im Land  
1024 Brandenburg wie Straßenbahnen und O-Bussen leisten muss.

1025 Das Mobilitätsticket, das im Land für Geringverdienerinnen und Geringverdiener angeboten wird, wollen  
1026 wir aufrechterhalten. Eine Ausweitung auf das Land Berlin soll weiter verhandelt werden.

1027 Fast der komplette Bahnfernverkehr hält nicht mehr auf Brandenburger Bahnhöfen. Das wollen wir  
1028 wieder ändern. Wir werden uns für mehr Fernverkehrshalte im Land Brandenburg einsetzen.

1029 Regionale Verkehrsverbünde sind zu unterstützen. Der bestehende Verkehrsverbund Berlin-  
1030 Brandenburg soll fortgeführt und weiter ausgebaut werden.

1031 Wir setzen uns dafür ein, dass im Land die Anbindung der Regionen an die Landeshauptstadt und Berlin  
1032 erhalten bleiben. Grundsätzlich gilt für uns, dass der ÖPNV nicht nur unter wirtschaftlichen  
1033 Gesichtspunkten betrachtet werden darf. Wir prüfen, wie wir mit eigenen Landesmitteln die  
1034 Bundesmittel aufstocken können, um mehr Effekte für ein attraktives und nachhaltiges ÖPNV-System  
1035 im Land zu erhalten,

1036 DIE LINKE prüft Modelle und Studien zur Einrichtung eines kommunalen Personennahverkehrs ohne  
1037 Einzelfahrschein und unterstützt Vorhaben in diese Richtung. Langfristig soll die gesellschaftliche  
1038 Debatte um einen über Steuern finanzierten und somit für die Endverbraucherinnen und -verbraucher  
1039 gebührenbefreiten ÖPNV geführt werden.

1040 Für uns hat die Stärkung des ÖPNV Vorrang vor dem Individualverkehr. Ebenso gilt für uns: Wo immer  
1041 möglich, muss Schwerlastverkehr auf Schienen und Wasserstraßen verlagert werden.

1042 Brandenburg muss sich selbst und gegenüber dem Bund dafür einsetzen, dass die vorhandenen und  
1043 genutzten Schienenwege und Wasserstraßen in ihrem Bestand erhalten und durch Modernisierung der  
1044 technischen Anlagen den Anforderungen einer weiteren Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße  
1045 auf Schiene und Wasser gerecht werden können.

1046 Angesichts der bereits erreichten Dichte unserer Straßenverkehrsinfrastruktur muss sich eine  
1047 vorausschauende Verkehrspolitik auf die Qualifizierung der Funktionsfähigkeit der bestehenden Netze  
1048 sowie auf intelligente Strategien zur Verkehrsvermeidung, Verkehrsabwicklung und Verkehrslenkung  
1049 konzentrieren. Planungen von verkehrlichen Infrastrukturvorhaben sind im Dialog mit Nutzerinnen und  
1050 Nutzern und Betroffenen sorgfältig abzuwägen. Durch einen Nachhaltigkeitscheck sind die Folgen für  
1051 die Umwelt zu ermitteln.

1052



1053 Mobilität kann aber auch erleichtert und teilweise vermieden werden. Ein innovativer Ansatz sind *soziale*  
1054 *Ankerpunkte*. Damit ist eine Kombination von öffentlichen Einrichtungen der Daseinsvorsorge, Vereinen  
1055 und Verbänden sowie ehrenamtlichem bürgerschaftlichen Engagement gemeint, das vor allem im  
1056 dünner besiedelten ländlichen Raum die Funktionen von sozialer Infrastruktur, Gemeinwesenintegration  
1057 und gesellschaftlicher Teilhabe räumlich konzentriert und verknüpft. Soziale Ankerpunkte sollen keine  
1058 kalten Verwaltungsstuben sein, sondern Anlaufpunkte für Fürsorge und Unterstützung, für moderne  
1059 Kommunikation nach außen und traditionelle Kommunikation miteinander. Kultur, Service,  
1060 Selbstorganisation, Behörden-Guides, eGovernment-Schalter. Rechtsberatung durch Vereine oder  
1061 Gewerkschaften. Mobile Bibliotheken und anderes – das alles kann nicht von allein „von oben“  
1062 organisiert werden. Voraussetzung für den Erfolg all dieser Ansätze ist, dass die Akteurinnen und  
1063 Akteure vor Ort die Handlungsfreiheit bekommen, mit ihren eigenen Stärken die eigenen Probleme zu  
1064 lösen. Das schließt ein, das Ehrenamt zu stärken und stärker anzuerkennen.

1065 Andererseits braucht solches Engagement auch Begleitung und Ressourcen. Verwaltung und  
1066 Daseinsvorsorge müssen neu organisiert, starre Grenzen zwischen Ressorts und Aufgabenträgern  
1067 Schritt für Schritt überwunden werden. Das reicht bis hinein in bundesrechtliche Regelungen. Soziale  
1068 Ankerpunkte könnten über Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert werden.

1069

1070 Brandenburg weist eine reiche und weit gefächerte **Kulturlandschaft** auf. Der kulturelle Reichtum  
1071 gehört zur Lebensqualität in Brandenburg und prägt die regionalen Identitäten im Land. Ein Großteil der  
1072 kulturellen Infrastruktur ist in den vergangenen Jahren erneuert oder modernisiert worden. In den  
1073 vergangenen zwei Jahrzehnten hat es aber auch einige tiefe Einschnitte in das öffentliche Kulturangebot  
1074 gegeben, die von veränderten Ansprüchen der Menschen, vor allem aber durch finanzielle Engpässe und  
1075 die Folgen des demografischen Wandels bedingt waren.

1076 Wir wollen dem kulturellen Leben Entwicklungsräume und Perspektiven öffnen.

1077 Unser Leitmotiv lautet auch hier: Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit im Effekt auf Schöpferkraft und  
1078 Solidarität in unserer Gesellschaft, Nachhaltigkeit in Bezug auf das zivilisatorische Niveau unseres  
1079 Zusammenlebens und natürlich auch Nachhaltigkeit im Hinblick auf wirtschaftliche Tragfähigkeit und  
1080 ökologische Bilanz.

1081 Als nachhaltig erweisen sich vor allem solche Netzwerke, die stabile Kultureinrichtungen, feste  
1082 Ensembles, freischaffende Künstlerinnen und Künstler, Laiinnen und Laien sowie Ehrenamtliche,  
1083 Lernende und Kulturinteressierte integrieren und somit für ein „selbstgemachtes“ Kulturleben vor Ort  
1084 sorgen, das auf das ganze Gemeinwesen ausstrahlt, aktiviert und Identität stiftet. Musik- und  
1085 Kunstschulen, Chöre und Kantoreien, Malzirkel und Jugendtheatergruppen wirken nachhaltig, da sie  
1086 selbsttätige Kultur in einem breiten sozialen Spektrum von Generation zu Generation weitertragen.  
1087 Eventkultur kann nachhaltig sein, wenn sie in periodischer Form organisiert wird, wenn sie der  
1088 Förderung von Kunst bzw. künstlerischer Ausbildung dient und wenn sie lokal oder regional fest im  
1089 gesellschaftlichen Leben verankert ist. Die Kulturpolitische Strategie des Landes ist bei Bedarf den sich  
1090 verändernden realen Erfordernissen anzupassen. Die Förderung des Kulturbundes muss erhalten  
1091 bleiben.

1092 Um die Kultur nachhaltig in unserer Gesellschaft zu verankern, braucht es die finanzielle Verpflichtung  
1093 und den inhaltlichen Gestaltungswillen des Landes ebenso wie das eigenverantwortliche Engagement  
1094 der Bürgerinnen und Bürger. Kulturelles Leben braucht kreative Akteurinnen und Akteure ebenso wie  
1095 gute Organisatorinnen und Organisatoren. Das finanzielle Engagement des Landes ist dort am besten  
1096 eingesetzt, wo das Zusammenwirken möglichst vieler Kultur-Akteurinnen und -Akteure unterstützt wird.  
1097 Besonders gefördert werden sollten künstlerische Innovation, die Pflege unseres kulturellen Erbes, die  
1098 Verbreitung kultureller Kompetenz und der internationale Kulturaustausch. Unterstützung verdienen  
1099 auch Projekte, die zur kulturtouristischen Entwicklung der Regionen beitragen, insbesondere im  
1100 ländlichen Raum.

1101 Der Erhalt der Gedenkstätten in ihrer Bedeutung zur geschichtlichen Aufarbeitung/Bildung,  
1102 insbesondere für die Jugend, und für den ansteigenden Tourismus aus dem In- und Ausland hat unsere

- 1103 Unterstützung. Die Finanzierung der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten muss weiterhin  
1104 gewährleistet sein.
- 1105 Für die vielfältigen Denkmale in unserem Land, insbesondere zu ihrem Schutz vor dem Verfall, wollen  
1106 wir einen Denkmalfonds einrichten.
- 1107 Die Fördersumme für die Musik- und Kunstschulen wollen wir auf 5 Millionen Euro steigern.  
1108 Insbesondere die Beachtung der zunehmenden Schülerzahl/Teilnehmer kommt einer besonderen  
1109 Bedeutung zu, die finanzielle Beteiligung des Landes ist dem realen Bedarf anzupassen.
- 1110 Wenn es um Landesentwicklungsplanung geht, sollten wir nicht nur über industrielle Kerne reden,  
1111 sondern auch die kulturellen Kerne benennen. Dazu zählen unter anderem die Theater als Leuchttürme  
1112 der Kulturlandschaft und Knotenpunkte von regionalen kulturellen Netzwerken.
- 1113 Die öffentliche Finanzausstattung bzw. Förderung institutioneller Kulturträger und freier Strukturen  
1114 sollte in einer angemessenen Gewichtung erfolgen, die keine Seite benachteiligt. Noch immer steht auf  
1115 der Tagesordnung eine klare Abgrenzung der Kulturaufgaben zwischen Land und Kommunen. Es ist  
1116 sinnvoll, die Verantwortlichkeiten bzw. Trägerschaften für regionale Einrichtungen oder lokale Projekte  
1117 auf die Landkreise, Städte oder Gemeinden zu verlagern. Dies gelingt nachhaltig aber nur dann, wenn  
1118 der Transfer von Verantwortung mit der Übertragung der Finanzausstattung einhergeht. Kultur sollte zu  
1119 einer pflichtigen Selbstverwaltungsaufgabe werden; wir befürworten die Verankerung der Kultur im  
1120 Staatszielkatalog des Grundgesetzes. Jedoch kann dies nicht die Verantwortung des Landes für die  
1121 kulturelle Infrastruktur ersetzen.
- 1122
- 1123 Zu den wichtigsten Kulturgütern gehört der **Sport**. Er hilft, gesund zu leben. Er ist für die  
1124 Selbstverwirklichung der Menschen, für Lebensqualität und Identität, für eine aktive Gesellschaft  
1125 unverzichtbar. Er vermittelt Werte wie Toleranz, Teamgeist sowie Fairness gegenüber jedermann. Sport  
1126 verbindet Menschen.
- 1127 Wir streben die Einheit von Breiten-, Freizeit und Gesundheitssport, von Kinder- und Seniorensport  
1128 sowie von Behinderten- und Rehabilitationssport an. Dazu gehören bedarfsgerechte und barrierefreie  
1129 Sportstätten, ein förderliches Vereinsrecht sowie breites ehrenamtliches Engagement, das  
1130 entsprechend zu würdigen ist. Auch Leistungssport soll nachhaltig in Brandenburg beheimatet bleiben –  
1131 chancengleich und manipulationsfrei.
- 1132 Wir werden die Zahlungen über die Sportförderung um 1 Millionen Euro auf dann insgesamt 17  
1133 Millionen Euro erhöhen. Brandenburg ist und bleibt Sportland!
- 1134
- 1135 Der **Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern** und die Stärkung der Verbraucherrechte sind  
1136 ein Kernthema linker Politik. Er setzt den Werbestrategien der Wirtschaft Standards entgegen, die  
1137 Bürgerinnen und Bürgern eine selbstbestimmte Entscheidung über ihr Konsumverhalten und die  
1138 Wahrnehmung ihrer Rechte ermöglichen.
- 1139 Wir haben 2012 erstmals in Brandenburg eine Verbraucherpolitische Strategie der Landesregierung  
1140 durchgesetzt. Jetzt geht es darum, die Ziele, die diese Strategie setzt, auch zu erreichen:
- 1141 Die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher müssen gestärkt werden, aber sie müssen diese  
1142 Rechte auch kennen.
- 1143 Information, Beratung und Bildungsangebote für Verbraucherinnen und Verbraucher haben einen hohen  
1144 Stellenwert. Das reicht von Etikettierungsregeln für Produkte über regionale Beratungsangebote bis zu  
1145 Lehrinhalten in der Schule. Verbraucherinformation muss alle erreichen können, gerade auch Kinder  
1146 und Jugendliche, ältere Menschen und Menschen in prekären Lebenssituationen. Dafür sind spezielle,  
1147 auf die Zielgruppen zugeschnittene Angebote nötig. Wir wollen die Verbraucherbildung in der Schule  
1148 durch eine Qualifizierung von Lehrkräften und entsprechende Unterrichtsmaterialien stärken.

1149 In Zeiten des Internethandels muss Verbraucherberatung auch grenzüberschreitend agieren.

1150 Wir wollen, dass Informationen, Transparenz, Schutz und Wahlfreiheit für Verbraucherinnen und  
1151 Verbraucher sichergestellt werden. Möglichkeiten für klarere Kennzeichnungsregelungen sind zu nutzen  
1152 um Auswirkungen von privaten Kaufentscheidungen auf Umwelt, Klima und Gesundheit erkennen zu  
1153 können. Die Kontrolle von Lebensmitteln, Futtermitteln und Alltagsprodukten dient dem Schutz der  
1154 Verbraucherinnen und Verbraucher und ist weiterhin abzusichern. Ihre Ergebnisse dürfen nicht geheime  
1155 Verschlussache sein, sondern sollen öffentlich transparent gemacht werden. Wir plädieren für die  
1156 Einführung eines bundesweit einheitlichen Kontrollbarometers für Gastronomie-Betriebe.

1157 Wir werden dafür sorgen, dass Verbraucherzentrale und das Landeslabor entsprechend ausgestattet  
1158 werden.

1159 Zum Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern gehören auch der Kampf gegen überhöhte Zinsen  
1160 - etwa bei Dispo-Krediten - wie gegen nicht ausreichende Aufklärung über die Risiken der langfristigen  
1161 Zinsentwicklungen - etwa bei Immobilienkrediten. Für Immobilienkredite hat das EU-Parlament neue  
1162 Regeln beschlossen, wonach Kundinnen und Kunden besser aufgeklärt werden müssen und Darlehen  
1163 leichter vorzeitig zurückzahlen können. Gegen überhöhte Dispo-Zinsen kann eine starke  
1164 Verbraucherzentrale durch Abmahnung, notfalls vor Gericht erfolgreich vorgehen. Wir setzen uns dafür  
1165 ein, dass auf Bundesebene eine gesetzliche Begrenzung von Dispositionszinsen und ein Anspruch auf  
1166 ein kostenloses Girokonto eingeführt werden.

1167 Der Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern hat arbeitsfähige Kontrollbehörden und Strukturen  
1168 zur Voraussetzung. Die Verbraucherzentrale wollen wir in Zukunft durch gegenseitige Vereinbarungen  
1169 überjährig finanzieren. Das Landeslabor haben wir durch einen mehrjährigen Finanzierungsvertrag  
1170 personell gut abgesichert. Auch das deutsch-polnische Verbraucherinformationszentrum (VIZ) wollen  
1171 wir erhalten und entsprechend dem hohen Bedarf langfristig ausbauen.

1172

1173 Hohe Lebensqualität gibt es nur in einer gesunden Umwelt. Der **Erhalt der natürlichen**  
1174 **Lebensgrundlagen** ist für linke Politik ein vorrangiges Anliegen.

1175 Die Großschutzgebiete Brandenburgs (Nationalpark, Naturparke und Biosphärenreservate) sind ein  
1176 Aushängeschild für das Land. Wir wollen diese Nationalen Naturlandschaften als Schwerpunktbereiche  
1177 für den Naturtourismus und Modellregionen für eine nachhaltige Entwicklung fördern und als Motoren  
1178 der Regionalentwicklung in ihrer jetzigen Stärke erhalten. Dazu wollen wir die Naturparke und  
1179 Biosphärenreservate in eine öffentlich-rechtliche Landesstiftung überführen und langfristig als wichtigen  
1180 Wirtschafts- und Standortfaktor im ländlichen Raum sichern.

1181 Wir begreifen den Erhalt der biologischen Vielfalt auch als Chance für den Naturtourismus und die  
1182 Regionalentwicklung. Vorhandene Strategien und Regelungen wie die Fauna-Flora-Habitatrichtlinie, die  
1183 Nationale Strategie zum Erhalt der biologischen Vielfalt, das Programm Nationales Naturerbe und das  
1184 Maßnahmenpaket Biologische Vielfalt möchten wir deshalb bestmöglich umsetzen. Alleene sind ein  
1185 Markenzeichen für Brandenburg. Wir treten dafür ein, dass der Alleenbestand dauerhaft in seinem  
1186 jetzigen Umfang erhalten bleibt.

1187 **Hochwasserschutz** und **Hochwasserrisikomanagement** sind unverzichtbare Schwerpunktaufgaben  
1188 der **Daseinsvorsorge für die Bevölkerung**. Ziel ist es, hochwasserbedingten Risiken für die  
1189 Menschen, die Umwelt, die Infrastrukturen und das Eigentum zu verringern. In den letzten Jahren hat  
1190 Brandenburg sowohl Trockenphasen als auch Wasserüberschuss erlebt. Das Wassermanagement muss  
1191 flexibel reagieren und sowohl Wasserrückhalt als auch Wasserableitung ermöglichen können. Wir wollen  
1192 auf parlamentarischer Ebene eine Diskussion über die Ziele der Wasserwirtschaft in  
1193 Niederungsgebieten führen und dabei betroffene Bürgerinnen und Bürger sowie Interessenverbände  
1194 einbeziehen. Das Moorschutzprogramm möchten wir umsetzen. Die EU-Wasserrahmenrichtlinie  
1195 verpflichtet uns, die brandenburgischen Gewässer in einen guten Zustand zu versetzen. Dem möchten  
1196 wir umfassend nachkommen.

1197 Wir wollen das Wassergesetz novellieren und einen Interessenausgleich bei der konflikträchtigen  
1198 Organisation der Gewässerunterhaltung herbeiführen. Die Verteilung der Kosten für die  
1199 Gewässerunterhaltung auf die Grundstückseigentümer soll gerechter gestaltet werden und sich nicht  
1200 mehr nur nach der Flächengröße richten, sondern stärker das Verursacher- und Vorteilsprinzip  
1201 berücksichtigen. Wir möchten die Rechtssicherheit für die Arbeit der Gewässerunterhaltungsverbände  
1202 verbessern und mehr Transparenz erreichen.

1203 Hochwasserschutz ist und bleibt eine Generationenaufgabe. Wir wollen die  
1204 Hochwasserrisikomanagementplanung zügig zum Abschluss bringen. Maßnahmen des technischen  
1205 Hochwasserschutzes und die Schaffung von Retentionsräumen als vorsorgender Hochwasserschutz  
1206 müssen gleichermaßen vorangetrieben werden, auch an den kleineren Flüssen. Wir wollen Planungs-  
1207 und Genehmigungsverfahren beschleunigen, aber nicht auf Kosten der Beteiligung von Bürgerinnen und  
1208 Bürgern. Interessenausgleich und Akzeptanz sind unabdingbare Voraussetzungen für den  
1209 Hochwasserschutz. Die weitere Ausweisung von Retentionsflächen hat auch für Brandenburg eine  
1210 zentrale Bedeutung, ist aber ohne finanzielle Entschädigungszahlungen an Eigentümer beziehungsweise  
1211 Landnutzer nicht machbar. Wir setzen uns auf Bundes- und EU-Ebene für einen zweckgebundenen  
1212 Einsatz von Mitteln aus der Gemeinschaftsaufgabe „Agrar- und Küstenschutz“ (GAK) und eine  
1213 entsprechende Aufstockung der Mittel ein.

1214 Auf Bundesebene setzen wir uns für eine Elementarschadenpflichtversicherung mit sozialverträglichen  
1215 Prämien ein.

1216 Wir möchten das Wassernutzungsentgelt auch für Tagebau-Sümpfungswässer einführen, um dem  
1217 Verursacherprinzip Rechnung zu tragen und den bergbaubedingten Schädigungen des Wasserhaushalts  
1218 besser entgegen wirken zu können.

1219 Die neu entstehenden Seenlandschaften stellen eine Chance für die Regionalentwicklung in der Lausitz  
1220 dar. Wir wollen auf eine Verbesserung ihres ökologischen Zustandes hinwirken und touristische  
1221 Angebote fördern.

1222

1223 **Selbstbestimmt leben in Brandenburg - Starke Kommunen,**  
1224 **demokratische Teilhabe und starker Rechtsstaat in einem**  
1225 **toleranten Land.**

1226 Wir wollen, dass die Menschen in allen Regionen des Landes gesund, gut und glücklich leben können.  
1227 Dafür braucht es landespolitische Weichenstellungen, aber auch die Möglichkeit, vor Ort und in der  
1228 Region die besten Lösungen zu suchen. Unser politisches Konzept zielt darauf, die jeweiligen Stärken  
1229 vor Ort weiter auszuprägen. So entstehen in der Summe gleichwertige, aber im Einzelnen nicht  
1230 gleichartige Lebensverhältnisse. Dies entspricht den unterschiedlichen regionalen  
1231 Ausgangsbedingungen ebenso wie den individuellen Lebensentwürfen, Bedürfnissen und Potenzialen  
1232 der Menschen in unserem Land.

1233 Nachhaltige Strukturpolitik in dünn besiedelten Regionen bedeutet mehr Investitionen in die  
1234 Daseinsvorsorge. Öffentliche Investitionen für Bildung, Gesundheit und Verkehrsinfrastruktur müssen  
1235 noch konsequenter auf die regionalen Leistungszentren als Anker in der Region konzentriert werden.

1236 Dabei steht der Ballungsraum um Berlin vor der Herausforderung, neuen, für alle Bevölkerungsgruppen  
1237 bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und dabei gleichzeitig Verdrängungsprozesse und eine weitere  
1238 Zersiedlung des Umlands zu verhindern. Im Ballungsraum um Berlin steht eine weitsichtige und der  
1239 Nachhaltigkeit verpflichtete Politik vor der Herausforderung, für neue Kapazitäten an bezahlbarem  
1240 Wohnraum und sozialer Infrastruktur für alle Einkommensschichten zu sorgen, zugleich aber eine  
1241 weitere ökologisch kontraproduktive Zersiedlung des Umlands zu verhindern. Hier wie da geht es um  
1242 einen stimmigen Mix von Infrastruktur, Bildungs- und Forschungslandschaft und soziokulturellen  
1243 Faktoren, der Regionen sowohl für wirtschaftliche Vorhaben als auch für die Menschen als Standort und  
1244 Lebensort attraktiv macht und Potenziale vor Ort freisetzt.

1245

1246 DIE LINKE in Brandenburg will in der kommenden Legislaturperiode die Investitionskraft der Kommunen  
1247 deutlich stärken. Wir streben für die Jahre ab 2015 ein **kommunales Investitionsprogramm** mit  
1248 einem Umfang von 100 Millionen Euro pro Jahr an. Dabei gehen wir davon aus, dass die daraus  
1249 möglichen Investitionen als Konjunkturprogramm wirken und die regionale Wirtschaft beleben können.  
1250 Die Mittel soll überwiegend das Land bereitstellen, die Kommunen steuern nach dem Vorbild des  
1251 abgelaufenen Konjunkturpaketes II des Bundes ihrerseits Eigenmittel bei. Die Investitionen sollen in den  
1252 Unterhalt von Kommunalstraßen, kommunalen Brücken und anderer Verkehrsinfrastruktur, in die  
1253 energetische Gebäudesanierung, in die Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude, in die Vorbereitung von  
1254 Schulen für Inklusion, in den Erhalt von Sportstätten und in die verstärkte Kooperation von Kommunen  
1255 fließen.

1256 Mit diesem Investitionsprogramm werden wir einen Teil der den Kommunen übertragenen Mittel ein  
1257 weiteres Mal auf und vermehren die damit verfügbare Investitionssumme. Was dringend gemacht  
1258 werden muss, kann damit leichter und schneller in Angriff genommen werden. Das dient der  
1259 Lebensqualität, stärkt die örtliche Wirtschaft und sichert Arbeitsplätze. Auch für finanzschwache  
1260 Kommunen wollen wir die Partizipation ermöglichen."

1261 Das Programm sichert zusätzlich zu schon bereitgestellten EU-Mitteln für die Stadt-Umland-  
1262 Entwicklung, dass Kommunen in der gesamten Fläche des Landes gleichwertige Lebensverhältnisse  
1263 gestalten können.

1264

1265 Die **kommunalen Verwaltungen** in Brandenburg stehen derzeit unter Anpassungs- und Reformdruck.  
1266 Er wird vom demografischen Wandel und vom Regelungsbedarf durch neue wirtschaftliche, soziale und  
1267 ökologische Herausforderungen hergeleitet. Die Bürgerinnen und Bürger hingegen wollen nicht  
1268 pausenlos neue Strukturen, sondern funktionierende Verwaltungsabläufe, verlässliche  
1269 Ansprechpartnerinnen und -partner und wirksame Mitsprache bei Planungsprozessen und

1270 administrativen Entscheidungen. Sie wollen die Identität, die Besonderheit ihrer Heimatorte und -  
1271 gegenden gewahrt und gewürdigt sehen. Sie wollen Verwaltungen in Sichtweite, nicht in entfernten  
1272 Zentren.

1273 Sache der Kommunalpolitik bleibt es vor allem, auch unter veränderten Bedingungen und mit Blick auf  
1274 die Zukunft Kernbereiche der Daseinsvorsorge zu gestalten, die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger zu  
1275 gewährleisten, Selbstverwaltung und Selbstorganisation auszubauen. Dafür wollen wir die  
1276 Voraussetzungen schaffen.

1277 Für die Neugestaltung der kommunalen Verwaltung gelten aus unserer Sicht vier Prämissen:  
1278 Effektivität, Zukunftsfestigkeit, Bürgernähe und mehr Demokratie. Das Prinzip der Freiwilligkeit hat  
1279 einen hohen Stellenwert.

1280 Die Verwaltungsreform soll einerseits zu funktionsfähigen Größen und andererseits gleichzeitig zu  
1281 differenzierten Strukturen führen. Alles an Verwaltungstätigkeit, was Bürgerinnen und Bürger nicht  
1282 direkt brauchen, kann auf der Fachebene zentralisiert werden. Dezentral hingegen ist zu gestalten, was  
1283 Bürgerinnen und Bürger selbst als Ansprechpartnerinnen und -partner oder für ihre demokratische  
1284 Beteiligung an den kommunalen Angelegenheiten brauchen, und wofür in der Verwaltung genaue  
1285 Ortskenntnis erforderlich ist. Die neuen Strukturen dürfen nicht nur verwaltungstechnisch ausgerichtet  
1286 und technokratisch begründet sein - jede von ihnen braucht ihre eigene demokratische Legitimation  
1287 und ihre eigenen demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten.

1288 Es soll eine neue Aufgabenverteilung zwischen den Kommunen und dem Land geben. Einerseits geht es  
1289 um hinreichend starke Kommunalverwaltungen, die staatliche Angebote im örtlichen Bereich nicht nur  
1290 überflüssig, sondern besser machen - im Gegenzug wird es zu einer Effektivierung der staatlichen  
1291 Verwaltungsstrukturen bei gleichzeitigem Steuerungsverzicht des Landes kommen.

1292 Zur Weiterentwicklung der kommunalen Strukturen schlagen wir die Einführung der Brandenburgischen  
1293 Amtsgemeinde vor. Die Erfahrungen in anderen Bundesländern, so in unserem Nachbarland Sachsen-  
1294 Anhalt, aber auch in Rheinland-Pfalz, zeigen, dass auf einem solchen Weg die Verwaltungskraft der  
1295 Gemeinden gestärkt werden kann, ohne dass sie dafür ihre politische und finanzielle Selbständigkeit  
1296 aufgeben müssen. Die Größe der Amtsgemeinden kann sich in den verschiedenen Landesteilen  
1297 unterscheiden.

1298 Ferner muss politisch entschieden werden, wie der notwendige **solidarische Ausgleich zwischen**  
1299 **finanzstarken und finanzschwächeren Regionen** weiter entwickelt werden soll. Ballungsräume,  
1300 Entwicklungsachsen oder bevölkerungsschwache Regionen machen nicht an Kreisgrenzen halt. Die  
1301 Umsetzung der Ziele und Grundsätze von Landesentwicklung und Raumordnung zählt zu den staatlichen  
1302 Aufgaben - das Land verfügt hierfür über die nötigen Ressourcen und Instrumente. Zugleich sind die  
1303 Normen und Regeln für den Solidarausgleich festzulegen, um für eine ausgeglichene Entwicklung zu  
1304 sorgen, ohne die Umverteilungskompetenzen innerhalb der Landkreise zu überfordern.

1305 Bei allen Veränderungen, die in unserem Land vor sich gehen, sind die Bürgerinnen und Bürger der  
1306 Ausgangspunkt. In vielen sind sie es selbst, die den Wandel im Land bestimmen. Sie bestimmen ihren  
1307 Lebensort - nach ihren Erwartungen und angezogen von Chancen, fort gedrängt von Schwierigkeiten  
1308 und Defiziten. Sie bringen Vorstellungen vom guten Leben mit und gewinnen neue Ideen davon. Sie  
1309 wollen auch im Wandel bewahren, was gut war, und zumindest erhalten, was wichtig ist. Sie wollen frei  
1310 sein, aber nicht auf sich gestellt. Sie wollen Kinder und Enkel - suchen das geeignete Lebensumfeld und  
1311 die geeigneten Lebensbedingungen dafür und finden es viel zu oft nicht. Sie suchen nach  
1312 Möglichkeiten, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

1313 Es entstehen vielfältige neue Interessen und Bestrebungen. Gelegentlich geraten sie miteinander, mit  
1314 dem Althergebrachten, mit übergeordneten Interessen des Gemeinwesens, auch mit Politik und  
1315 Verwaltung in Konflikt. Die Bereitschaft zur Selbstregulation ist in solchen Situationen leicht  
1316 überfordert, die Abwägung zwischen Eigensinn und Gemein Sinn insbesondere in verhärteten  
1317 Konfliktsituationen schnell blockiert. Der klassische Ruf nach mehr direkter Demokratie und nach mehr  
1318 Transparenz ist in diesen Situationen richtig, aber oftmals unzureichend. Widersprüchliche, ja geradezu  
1319 konträre Einzelinteressen können sich sehr wohl jeweils für sich demokratisch organisieren - aber der

- 1320 Interessenausgleich kann gerade dann nicht immer durch eine Mehrheits- oder eine Obrigkeits-  
1321 Entscheidung hergestellt werden. Vielmehr muss eine neue Balance zwischen repräsentativer  
1322 Machtausübung und partizipativer Problemlösung gefunden werden.
- 1323 Mediation kann eine solche Form demokratischer Konsensstiftung sein. Betroffene und Aktivistinnen  
1324 und Aktivisten begeben sich dabei freiwillig in ein strukturiertes Verfahren mit dem Ziel, den Konflikt  
1325 konstruktiv beizulegen und zu einer Lösung zu kommen. Ein Mediationsmodellprojekt in Brandenburg  
1326 will und kann die Möglichkeiten eines konsensstiftenden Umgangs als lernenden gesellschaftlichen  
1327 Prozess versuchen und damit die Integration ausdifferenzierter Interessen ermöglichen, indem es ihre  
1328 Vielzahl und Vielfalt anerkennt.
- 1329
- 1330 Wir wollen, dass die politische Entwicklung unseres Landes auch im Alltag von den Bürgerinnen und  
1331 Bürgern getragen wird - nicht nur durch Entscheidungen an Wahltagen. Wir wollen **Demokratie im**  
1332 **Alltag** stärken.
- 1333 Dafür gibt es drei zentrale Voraussetzungen: verbesserten Informationszugang, mehr Transparenz von  
1334 Politik und Verwaltung, mehr direkte Demokratie.
- 1335 Insbesondere sollen Volksbegehren weiter erleichtert werden - wir wollen durchsetzen, dass  
1336 Unterschriften dafür auch auf der Straße gesammelt werden können. Auf kommunaler Ebene wünschen  
1337 wir uns mehr Freiraum für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide.
- 1338 Zugleich wollen wir den Einfluss von Lobby-Gruppen beschränken und das bereits bestehende Lobby-  
1339 Register erweitern. Angestrebt wird die Einführung eines verpflichtenden Registers, in dem alle, die als  
1340 Interessenvertreterinnen und Interessenvertreterinnen gegenüber dem Landtag, der Landesregierung  
1341 oder der Landesverwaltung auftreten wollen, ihre Auftraggeber und Kunden, ihre Finanzquellen und  
1342 Budgets sowie die Themen ihrer Lobbyarbeit angeben müssen, unabhängig davon, ob sie für Verbände,  
1343 Unternehmen, Agenturen, Denkfabriken, Nichtregierungsorganisationen oder Rechtsanwaltskanzleien  
1344 arbeiten.
- 1345
- 1346 Per Gesetz haben wir erst kürzlich die Möglichkeiten der Sorbinnen und Sorben, der Wendinnen und  
1347 Wenden und ihrer Verbände und Vereine zur Partizipation deutlich gestärkt. Nun stellen wir uns der  
1348 Aufgabe, dieses Gesetz mit Leben zu erfüllen: Dazu gehört die Verabschiedung der entsprechenden  
1349 Rechtsverordnungen. Vor allem aber müssen in allen Kommunen, in denen die sorbische/wendische  
1350 Sprache oder Kultur bis heute lebendig ist, die Rechte der Angehörigen der Minderheit gesichert  
1351 werden - so wie es die internationalen Abkommen zum Minderheitenschutz vorsehen.
- 1352
- 1353 Viele Brandenburgerinnen und Brandenburger engagieren sich auf vielfältige Weise im Ehrenamt für  
1354 Gemeinwesen und Gemeinsinn. Dafür verdienen sie Unterstützung und Förderung - und das ganz  
1355 unbürokratisch! Ehrenamtliches Engagement und das Verantwortungsbewusstsein von Bürgerinnen und  
1356 Bürgern darf jedoch nicht missbraucht werden, um sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu  
1357 streichen.
- 1358 Wir möchten das Ehrenamt im bisherigen Umfang fördern und dabei die Förderbedingungen effektiver  
1359 und unbürokratischer gestalten. Die Förderung von Vereinsstrukturen ist eine Daueraufgabe und nicht  
1360 sinnvoll von Jahr zu Jahr über wechselnde Projekte abzudecken. Wir möchten den geförderten Vereinen  
1361 längerfristige Sicherheit geben und dabei Anreize für effektives und wirtschaftliches Agieren schaffen.  
1362 Dabei sind wir für einen deutlichen Ausbau der Anwendungsmöglichkeiten der Ehrenamtscard.
- 1363 Aufwandsentschädigungen für geleistete Ehrenamtsarbeit sollen voll umfänglich anrechnungsfrei auf  
1364 Arbeitslosengeld II (Hartz IV) sein. Dazu werden wir bundespolitisch weiter aktiv bleiben.
- 1365 Kinder und Jugendliche haben einen Anspruch darauf, ihrem Alter entsprechend und mit zunehmenden  
1366 Erfahrungen als Expertinnen und Experten für ihr eigenes Leben ernst genommen zu werden und

1367 Einfluss auf ihre Angelegenheiten zu nehmen. Dafür sind spezielle Verfahren und Strukturen zu  
1368 entwickeln - ausgerichtet an den Interessen und Organisationsformen junger Menschen, mit  
1369 Kompetenzen sowie fachlicher Unterstützung ausgestattet. DIE LINKE wird einen Vorschlag für eine  
1370 gesetzliche Regelung der Beteiligung von jungen Menschen einbringen. Wir arbeiten dabei eng mit  
1371 außerparlamentarischen Initiativen und Interessenvertretungen für mehr Kinder- und Jugendbeteiligung  
1372 zusammen.

1373

1374 In den vergangenen fünf Jahren haben wir den Landtag gegenüber der Exekutive gestärkt - vor allem  
1375 durch größere Informations- und Kontrollrechte. Die Landtagsausschüsse tagen jetzt öffentlich. Der  
1376 Petitionsausschuss führt regelmäßige öffentliche Sprechstunden in den Regionen des Landes durch. Die  
1377 frühzeitige und umfassende Unterrichtung des Landtages über wichtige landespolitische  
1378 Angelegenheiten sowie über das Agieren auf Bundes- und EU-Ebene - seit 1992 in der  
1379 Landesverfassung - wurde 2010 erstmals verfahrensrechtlich verbindlich geregelt. DIE LINKE war  
1380 maßgeblich an diesen Veränderungen beteiligt bzw. hat sie initiiert. Diese Entwicklung wollen wir weiter  
1381 führen, die geschaffenen Spielräume und die besseren Bedingungen im neuen Landtagsgebäude besser  
1382 nutzen. Die bessere finanzielle, personelle und rechtliche Ausstattung des Parlaments gegenüber der  
1383 mächtigen Ministerialbürokratie bleibt eine dauerhafte Aufgabe, der wir uns weiter stellen werden. Dies  
1384 gilt auch für die Vertretungskörperschaften auf kommunaler Ebene.

1385 Lebendige Demokratie braucht eine lebendige Öffentlichkeit. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk spielt  
1386 dabei eine wichtige Rolle. Er muss auch in seiner inneren Organisation demokratisch und sozial verfasst  
1387 sein, wenn er diese Rolle überzeugend wahrnehmen will. Wir setzen uns deswegen weiter für die  
1388 betriebliche Vertretung der Freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des **rbb** durch den Personalrat ein.  
1389 Es muss sichergestellt sein, dass im Rundfunkrat des rbb auch Menschen mit Behinderung sowie von  
1390 Seniorinnen und Senioren vertreten sind.

1391

1392 DIE LINKE ist dem **demokratischen und sozialen Rechtsstaat** verpflichtet. LINKE Rechts- und  
1393 Justizpolitik in Brandenburg stärkt die soziale Gerechtigkeit und gewährleistet eine demokratische und  
1394 solidarische Zivilgesellschaft.

1395 Wir gewährleisten eine angemessene personelle und materielle Ausstattung der Justiz und der Gerichte.  
1396 Dazu wollen wir einen Einstellungskorridor unter Berücksichtigung der Altersstruktur über alle Dienste  
1397 hinweg schaffen, um künftige Altersabgänge langfristig zu kompensieren.

1398 Seit der Einführung des Arbeitslosengeldes II (Hartz IV) und weiterer sozial ungerechter Reformen im  
1399 Rentenüberleitungs- und Krankenversicherungsrecht sind viele Menschen gezwungen, sich Hilfe bei den  
1400 Sozialgerichten zu suchen. Der Anstieg der Klagen vor den Sozialgerichten ist somit eine unmittelbare  
1401 Folge rechts- und sozialpolitischer Fehlentscheidungen. Die Sozialgerichte müssen in erheblichem Maße  
1402 nachsteuern und korrigieren, um Ungerechtigkeiten auszugleichen. So lange Hartz IV nicht abgeschafft  
1403 ist, will DIE LINKE in Brandenburg die Justiz des Landes auf diese Situation strukturell noch besser  
1404 einstellen, denn die Rechtssuchenden benötigen zur wirksamen Durchsetzung ihrer Rechte zeitnahe  
1405 Entscheidungen. Die Voraussetzungen dafür wird DIE LINKE schaffen.

1406 Wir halten an einer bürgerfreundlichen Justiz mit einem wohnortnahen Zugang der Bürgerinnen und  
1407 Bürger zu den Gerichten fest. Wir stehen für die weitere Demokratisierung und Stärkung der  
1408 Unabhängigkeit der Justiz weshalb wir Konzepte hierzu unterstützen. Als verfassungsgebende und  
1409 verfassungstragende Partei treten wir weiterhin konsequent dafür ein, dass die Verfassungsinhalte des  
1410 sozialen Rechtsstaates zum Maßstab staatlichen Handelns gemacht und in der Realität umgesetzt  
1411 werden. Dabei sind wir uns des noch vorhandenen Ungleichgewichts zwischen politischen und sozialen  
1412 Grundrechten bewusst. Daher orientieren wir uns an der Unteilbarkeit und Abhängigkeit der politisch-  
1413 juristischen, der ökonomisch-sozialen sowie der geistig-kulturellen Rechte.

1414 Wir setzen weiterhin auf eine Strafphilosophie, die auf nachhaltige Resozialisierung ausgerichtet ist. Wir  
1415 unterstützen Projekte zur Haftvermeidung durch frühzeitige ambulante sozial-pädagogische  
1416 Maßnahmen und Konfliktlösungen außerhalb der Gerichte, wie den Täter-Opfer-Ausgleich. Eine



1417 erfolgreiche und dauerhafte Wiedereingliederung ist der beste Schutz der Gesellschaft vor Rückfällen in  
1418 neue Straftaten. Dazu braucht es eine aufgabenbezogene Personalausstattung in den Sozialen Diensten  
1419 der Justiz und im Justizvollzug des Landes Brandenburg, um die neuen Vollzugsgesetze mit Leben zu  
1420 erfüllen. Unabdingbar sind zudem entsprechende Strukturen und finanzielle Mittel, um mehr  
1421 Behandlung im Vollzug, mehr Wohngruppenvollzug, mehr offenen Vollzug und eine bessere  
1422 Wiedereingliederung zu erreichen. Angebote für Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie die Zahl der  
1423 Arbeitsmöglichkeiten während der Haft müssen ausgebaut werden, da sie einen wichtigen Beitrag zur  
1424 erfolgreichen Resozialisierung leisten können. Wir setzen uns für sozialversicherungs- und  
1425 rentenversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse auch während der Haftzeit ein. Die Zusammenarbeit  
1426 der sozialen Träger und der Justiz muss schon während der Haft verstärkt werden. Die therapeutische  
1427 Behandlung und Versorgung sowie die soziale Betreuung muss weiter verstärkt werden. Dazu gehört  
1428 auch der flächendeckende Ausbau der Forensischen Ambulanzen in Brandenburg.

1429 Dem Schutz potentieller und tatsächlicher Opfer von Straftaten messen wir eine besondere Bedeutung  
1430 bei. Wir verstärken die finanzielle Unterstützung von Programmen und Organisationen und Vereinen, die  
1431 sich dem Schutz und der Unterstützung von Kriminalitätsoptionen widmen und deren Rechte sichern. Wir  
1432 setzen uns weiter für eine schnellere und unbürokratische therapeutische Hilfe bei schweren Gewalt-  
1433 und Sexualdelikten und die Erweiterung des Opferentschädigungsgesetzes auf weitere Straftatbestände  
1434 ein. Die Arbeit der dem Landespräventionsrat zuzuordnenden ressortübergreifenden Arbeitsgruppe  
1435 „Opferschutz und Opferhilfe“ muss fortgeführt werden.

1436 DIE LINKE in Brandenburg sieht die Ursachen des Anstiegs in der gesetzlichen Betreuung auch als Folge  
1437 von Kürzungen im Bereich sozialer Unterstützungsangebote. Wir plädieren für eine bessere  
1438 Zusammenarbeit von Justiz und Sozialbehörden. Durch den Ausbau sozialer Unterstützungsangebote  
1439 sollen Menschen mit Bedarfen nicht ausschließlich der gerichtlichen Entscheidung über eine gesetzliche  
1440 Betreuung überlassen werden. Darüber hinaus streben wir an, die ehrenamtliche Betreuung in  
1441 Brandenburg ab 2015 wieder durch Landesmittel zu fördern.

1442 Eine gute Sozialpolitik ist auch die beste Kriminalpolitik. Sie bietet die größte Sicherheit vor Straftaten.  
1443 Das heißt konkret, Lebenslagen und Partizipationsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger  
1444 unterschiedlichen Bereichen zu verbessern. Zugleich stehen wir für eine grundrechtsorientierte  
1445 Kriminalpolitik.

1446 Unverzichtbarer Bestandteil ist eine gut ausgestattete und gut ausgebildete, bürgernahe **Polizei**, die  
1447 überall im Land gleichermaßen wirkungsvoll die öffentliche Sicherheit gewährleistet. Öffentliche  
1448 Sicherheit darf nicht privatisiert werden, weder in Form formaler Aufgabenübertragung, noch als  
1449 schleichender Prozess in Reaktion auf realen oder gefühlten Rückzug des Staates aus seiner  
1450 Sicherheitsverantwortung. Daher ist der Polizeidienst auch künftig mit den notwendigen finanziellen und  
1451 personellen Ressourcen auszustatten.

1452 2014 kommt die Polizei-Reform planmäßig auf den Prüfstand. Aus der fachlichen Bewertung sind dann  
1453 Schlussfolgerungen für das weitere Vorgehen zu ziehen. Wir bleiben dabei, dass nicht der  
1454 Personalabbau im Zentrum der Reform stehen darf. Am Wach- und Wechseldienst lassen wir keine  
1455 Abstriche zu. Die Interventionszeiten dürfen sich nicht verschlechtern. Die flächendeckende Präsenz der  
1456 Polizei bleibt erhalten. Die Revierpolizisten sollen insbesondere im ländlichen Raum weiterhin als  
1457 Ansprechpartner zur Verfügung stehen, die Kooperation mit den Kommunen soll dabei ausgebaut  
1458 werden. Präventions- und Beratungsarbeit muss weiter geleistet werden. Wir fordern eine Vertiefung  
1459 der kriminalistischen Aus- und Fortbildung, z.B. durch die Einführung eines Masterstudiengangs  
1460 „Kriminalistik“.

1461 Da Brandenburg ein Grenzland ist und erheblich mit grenzüberschreitender Kriminalität zu kämpfen hat,  
1462 muss die Zusammenarbeit mit den polnischen Behörden bei der Strafverfolgung in Form von  
1463 gemeinsamen Struktureinheiten und engerer Abstimmung weiter verbessert werden.

1464 Dringend erforderlich ist deshalb eine Neufassung des deutsch-polnischen Polizeiabkommens aus dem  
1465 Jahr 2002. Es müssen die rechtlichen Grundlagen für das gemeinsame Handeln weiter verbessert und  
1466 die Möglichkeiten von grenzüberschreitenden Einsätzen erleichtert werden. Gleichzeitig ist es

- 1467 unverzichtbar, grenzüberschreitende Präsenz- und gemeinsame Ermittlungsgruppen auszubauen. So  
1468 können Justiz und Polizei beider Länder, unmittelbar gemeinsam an demselben Verfahren arbeiten.
- 1469 Die Integration Brandenburgs in ein bundesweit einheitliches Funknetz für alle Rettungs- und  
1470 Sicherheitskräfte - den Digitalfunk - ist zügig abzuschließen.
- 1471 Die Auseinandersetzung mit Kriminalität beginnt schon lange vor der Strafverfolgung - bei der  
1472 Aufklärung ihrer tiefer liegenden Ursachen und auslösenden Faktoren. Das kann bei weitem nicht nur  
1473 Sache der Polizei sein - ohne ein enges Zusammenspiel von Polizei, Justiz und Kommunen geht hier  
1474 nichts. Nötig sind aktive Netzwerke, die auch soziale Dienste, freie Träger und andere Akteure mit  
1475 einbeziehen. Das meinen wir, wenn wir uns für **kommunale Kriminalitätsverhütung** stark machen.  
1476 Über Pilotprojekte wollen wir sie stärken und dabei neue Erfahrungen sammeln. Wir befürworten die  
1477 Einsetzung einer bzw. eines Beauftragten für kommunale Kriminalitätsverhütung in Brandenburg.
- 1478
- 1479 Für ein sicheres Leben in Brandenburg ist auch ein stabiler Brand- und Katastrophenschutz notwendig.  
1480 Insbesondere in ländlichen Regionen spielen dabei **Stützpunktfirewehren** eine wichtige Rolle. Aber  
1481 auch sie sind undenkbar, ohne den großen Einsatz der vielen Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren.  
1482 Wir setzen uns für eine verstärkte Würdigung dieser wichtigen ehrenamtlichen Arbeit, aber auch für eine  
1483 verstärkte Anerkennung von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern für die Freistellung der Kameradinnen  
1484 und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehren ein. Wir wollen die Interkommunale Zusammenarbeit im  
1485 Brandschutz ausbauen.
- 1486 Noch längst nicht sind in Deutschland die Lehren aus dem finsternen, über ein Jahrzehnt ungestörten  
1487 verbrecherischen Treiben des "Nationalsozialistischen Untergrunds" (NSU) hinreichend gezogen. Wir in  
1488 Brandenburg werden die Rolle und Verstrickung des Brandenburger Verfassungsschutzes in die NSU-  
1489 Affäre vor dem Hintergrund der Erkenntnisse und Ergebnisse der parlamentarischen  
1490 Untersuchungsausschüsse wie auch des NSU-Prozesses in München gründlich aufarbeiten.
- 1491 Vor diesem Hintergrund will DIE LINKE eine grundsätzliche Diskussion über die Arbeit und die  
1492 gesetzlichen Grundlagen des Verfassungsschutzes, den wir perspektivisch auflösen wollen. Notwendig  
1493 ist ein Ausbau der parlamentarischen Kontrolle über die Arbeit der Sicherheitsbehörden, insbesondere  
1494 des Verfassungsschutzes - sowohl bezüglich ihrer Arbeitsweise als auch und vor allem der  
1495 Grundrichtungen ihrer Tätigkeit. Sogenannte V-Leute und weitere nachrichtendienstliche Mittel wollen  
1496 wir abschalten. Die „Bildungsarbeit“ des Verfassungsschutzes an Schulen und öffentlichen  
1497 Einrichtungen ist einzustellen.
- 1498 Im Gegenzug wollen wir aufklärerische und antifaschistische Initiativen, Vereine und Gruppen der  
1499 Zivilgesellschaft stärker unterstützen. Die Gleichsetzung linker Ideen mit faschistischem Gedankengut  
1500 durch Totalitarismuskritik und Extremismustheorie verurteilen wir und setzen uns deswegen für ein  
1501 Ende der Beobachtung linker Projekte durch den Verfassungsschutz ein.
- 1502
- 1503 Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und Not fliehen, finden in Brandenburg selbstverständliche  
1504 Zuflucht und Unterstützung. Unser Land zeichnet sich mehr und mehr durch eine **Willkommenskultur**  
1505 aus, die wir weiter stärken wollen. Wir setzen uns dafür ein, dass sie in Wohnungen eine neue Heimstatt  
1506 finden und nicht auf ein diskriminierendes Gutscheinsystem angewiesen sind. Um die Integration dieser  
1507 Menschen besser leisten zu können, wollen wir die verschiedenen Zuständigkeiten, die dabei derzeit  
1508 noch vorhanden sind, wie Bildung Soziales, Berufsankennung und Integration in einer Verantwortung  
1509 zusammenzuführen. Die Aufnahme und Betreuung von unbegleiteten, minderjährigen Flüchtlingen  
1510 muss weiter institutionalisiert und verbessert werden. Die Mindeststandards für  
1511 Unterkunftsbedingungen und Betreuung von Flüchtlingen wollen wir mit einer Änderung des  
1512 Landesaufnahmegesetzes verbessern.
- 1513
- 1514 Zu uns kommen auch Menschen, die faktisch Opfer eines Menschenhandels zum Zwecke der  
1515 **Arbeitsausbeutung** sind (vgl. § 233 StGB) oder sich aus anderen Gründen in Zwangsverhältnissen

1516 wieder finden, in denen Lohnvorenthaltung, Aufenthaltspapierentzug oder die Androhung von Gewalt  
1517 üblich sind. Hier muss die Brandenburger Landesregierung aktiv werden und eine landeseigene,  
1518 umfassende und flächendeckende Unterstützungsstruktur für potentiell Betroffene in Brandenburg  
1519 aufbauen. Als erster Schritt ist es entscheidend, dass das durch den DGB in Brandenburg begonnene  
1520 Beratungsangebot unterstützt und ausgebaut wird.

1521

1522 Unsere demokratische Kultur muss weiterhin energisch gegen rechte Gewalt und Propaganda verteidigt  
1523 werden. Wir haben der Aufnahme eines Staatszieles in die Landesverfassung den Weg bereitet, das das  
1524 Land verpflichtet, das friedliche Zusammenleben der Menschen zu schützen und der Verbreitung  
1525 rassistischen und fremdenfeindlichen Gedankenguts entgegenzutreten. Zusammen mit anderen wollen  
1526 wir so bekunden: Das Land Brandenburg sieht sich in der Pflicht, mit allen Mitteln den Kampf der  
1527 Zivilgesellschaft **gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt** zu unterstützen. Das  
1528 Handlungskonzept Tolerantes Brandenburg muss fortgeführt und weiterentwickelt werden. Des  
1529 Weiteren muss die Arbeit des „Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und  
1530 Fremdenfeindlichkeit“, der „Opferperspektive“ und der „Regionalen Arbeitsstelle für Bildung, Integration  
1531 und Demokratie“ (RAA) finanziell und politisch gestärkt werden. Die vielfältigen  
1532 Kooperationsvereinbarungen sind ein deutliches Zeichen dafür, wie sich das Land Brandenburg und  
1533 seine Menschen aus unterschiedlichen Perspektiven für eine demokratische, weltoffene Gesellschaft  
1534 und gegen Neofaschismus und Fremdenfeindlichkeit engagieren. Der Stellenwert des „Toleranten  
1535 Brandenburg“ und des „Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“  
1536 muss weiter erhöht werden. Wir wollen die Ansiedlung der Geschäftsstellen bei der Staatskanzlei um  
1537 die Arbeit gegen rechtes Gedankengut und Gewalt stärker als Querschnittsaufgabe aller Institutionen  
1538 weiter zu verankern.

1539

1540

1541 **Nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik. Zukunftsfähiger**  
1542 **öffentlicher Dienst.**

1543 Leistungsfähige öffentliche Haushalte zur Finanzierung gesellschaftlich erforderlicher öffentlicher  
1544 Leistungen sind die Grundlage für einen funktionierenden Sozialstaat und sichern die Zukunftsfähigkeit  
1545 und den Wohlstand der Gesellschaft. Wir tragen seit 2009 Verantwortung für Brandenburgs Haushalt  
1546 und seine Finanzen. Von Anfang an war für uns klar: Soziales Augenmaß und Konsolidierung der  
1547 Landesfinanzen gehören zusammen. Diesen Kurs werden wir weiter fortsetzen. Sozialer Ausgleich,  
1548 gesellschaftliche Teilhabe, Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie eine nachhaltige  
1549 Wirtschaftsförderung bilden den Kompass unserer Finanzpolitik. Jeder Euro in diese Sektoren fließt als  
1550 Investition in Gegenwart und Zukunft.

1551 Anders als andere Bundesländer hat sich Brandenburg seit 2009 keine fiskalische Erleichterung auf  
1552 Landesebene zu Lasten der Kommunen verschafft. Der Anteil der Investitions- und  
1553 Sachkostenzuweisungen an die Kommunen ist stetig gestiegen, absolut wie prozentual. Fast ein Drittel  
1554 des Landeshaushalts geht an die kommunale Familie – im Ländervergleich eine enorme Leistung. Das  
1555 ist unsere Messlatte auch für die kommenden Jahre.

1556 Die Beschäftigten im Landesdienst haben in den letzten 23 Jahren die Aufgaben für die  
1557 Brandenburgerinnen und Brandenburger zuverlässig erfüllt. Der öffentliche Dienst steht nunmehr vor  
1558 weiteren Herausforderungen. Diesen werden wir uns weiter stellen. Unseren in  
1559 Regierungsverantwortung eingeschlagenen Weg der Ausbildung von Nachwuchskräften in der  
1560 Verwaltung werden wir weiter konsequent fortsetzen. Nur so kann gewährleistet werden, dass auch in  
1561 Zukunft ausreichend Fachkräfte zur Verfügung stehen. Eine Reduzierung des Personalbestandes  
1562 reinweg aus Konsolidierungszwecken lehnen wir ab. Im Vordergrund stehen für uns Arbeitsfähigkeit und  
1563 vor allem Zukunftsfähigkeit der Landesverwaltung. Diesem Ziel muss auch die Personalbedarfsplanung  
1564 entsprechen. Wir gehen davon aus, dass dafür der Personalbestand für 2020 im Vergleich zur  
1565 derzeitigen Planung auf 44.000 Beschäftigte angehoben werden muss. Die Aufgaben beim Übergang  
1566 zur inklusiven Bildung, im Bereich der Polizei und der öffentlichen Sicherheit, in der Finanzverwaltung,  
1567 bei Genehmigungen und Überwachungen im Zusammenhang mit landespolitischen Vorhaben sind sonst  
1568 nicht erfüllbar.

1569 Wer gute Arbeit erbringen soll, muss adäquat ausgebildet sein, vernünftige Arbeitsbedingungen und  
1570 persönliche Zukunftsperspektiven haben und auch angemessen bezahlt werden. Zur Unterstützung  
1571 einer offenen und bürgernahen Verwaltungskultur ist insbesondere in Führungspositionen eine größere  
1572 Durchlässigkeit und Flexibilität auch für Quereinsteiger anzustreben. Beschäftigte sind entsprechend  
1573 ihrer Kenntnisse und Erfahrungen einzusetzen. Ihnen sind berufliche Entwicklungsmöglichkeiten zu  
1574 eröffnen.

1575 Wir wollen, dass niemand diskriminiert wird. Daher setzen wir uns für ein Landes-  
1576 Antidiskriminierungsgesetz ein.

1577 Die Spielräume der Landespolitik zur Verbesserung der Einnahmen der öffentlichen Hand sind gering.  
1578 Was möglich war, wurde in den zurückliegenden Jahren bereits energisch angepackt. So brachte eine  
1579 Erhöhung der Grunderwerbssteuer auf fünf Prozent im ersten Jahr zusätzliche Einnahmen von knapp 62  
1580 Millionen Euro – eine erfreuliche Summe, zumal auch die Kommunen davon profitierten, aber gemessen  
1581 am gesamten Haushaltsvolumen doch nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein.

1582 Für die Finanzierung unserer Projekte ist weiterhin die nachhaltige Konsolidierung des Landeshaushalts  
1583 nötig. Bis 2020 müssen alle Bundesländer strukturell ausgeglichene Haushalte vorlegen. In  
1584 Brandenburg allerdings machen wir schon seit 2011 keinen Schulden mehr auf Landesebene. Und wir  
1585 haben mit der Tilgung der Schulden des Landes begonnen. Es wird allerdings nicht ausbleiben, auch in  
1586 Zukunft alle Ausgaben des Haushaltes des Landes Brandenburg mit sozialem Augenmaß kritisch zu  
1587 überprüfen.

1588 Ein Preis für unsere Prioritätensetzung ist die Absenkung der vergleichsweise hohen brandenburgischen  
1589 Investitionsquote auf den bundesdeutschen Durchschnitt. Das ist aber nur die eine Seite. Die andere  
1590 Seite hat mit dem Umbau der Wirtschaftsförderinstrumente zu tun. Klügerer und effizienterer  
1591 Mitteleinsatz, Konzentration auf verstärkten Einsatz rückzahlbarer Darlehen anstelle von Zuschüssen  
1592 vermag die Wirksamkeit jedes ausgegebenen Euros zu erhöhen.

1593 Klar bleibt aber auch: Wir sparen nicht auf Kosten der Zukunft. Substanz- bzw. Werterhaltung werden  
1594 gewährleistet. Brandenburgs mittlerweile moderne Infrastruktur erlaubt es, die verminderten  
1595 Investitionsmittel zielgerichtet zu konzentrieren. Bei der Kofinanzierung von Bundes- und EU-Mitteln  
1596 haben jene Programme Priorität, die die höchste Hebelwirkung und Effizienz haben. Je mehr Mittel wir  
1597 mit einem Euro Landesgeld mobilisieren können, desto sinnvoller ist es, daran festzuhalten.

1598 Eine drückende Sorge bleibt die Finanzlage der Kommunen - gerade auch, weil das Land allein nicht in  
1599 der Lage ist, die Fehlentwicklungen zu kompensieren, die bundespolitisch durch eine große  
1600 Kommunalfinanzreform korrigiert werden müssten. Solidarität mit den Kommunen und unter den  
1601 Kommunen bleibt an der Tagesordnung. Deswegen wollen wir die solidarische horizontale  
1602 Kommunalfinanzierung durch Fortentwicklung des Jugendhilfe- und Sozillastenausgleichs stärken. Und  
1603 wir halten daran fest, die Landesfinanzen nicht zu Lasten der Kommunen zu sanieren. Mit unserem  
1604 kommunalen Investitionsprogramm werden wir die finanziellen Möglichkeiten der Kommunen erweitern.  
1605 Wir schlagen zudem einen kommunalen Teilentschuldungsfonds vor.

1606

1607

## 1608 **Interessen und Verantwortung Brandenburgs im Bund und in** 1609 **Europa**

1610 In den nächsten Jahren bündeln sich eine Reihe von Problemen, von denen nicht allein, aber auch - und  
1611 teils auf besondere Weise - Brandenburg betroffen ist: Der Solidarpakt II läuft 2019 aus - damit endet  
1612 die Sonderförderung für Ostdeutschland. In Deutschland insgesamt drücken erhebliche  
1613 Investitionsrückstände - nach Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW)  
1614 beläuft sich der Investitionsbedarf auf rund 75 Mrd. Euro jährlich - vor allem in den Bereichen Energie,  
1615 Verkehrsinfrastruktur und Bildung. Auch Brandenburg hat einen anhaltend hohen Investitionsbedarf.  
1616 Insgesamt entfaltet sich in Deutschland in Ost, aber auch West eine Entwicklungsdynamik, die nach  
1617 übereinstimmender Einschätzung von Fachleuten regional gespalten bleiben und vom Nebeneinander  
1618 von Wachstum und Schrumpfung geprägt wird. Der Raum Brandenburg/Berlin ist in besonderer Weise  
1619 Spiegelbild dieser Entwicklungen.

1620 Unsere Antwort darauf lautet, auf Bundes- und Landesebene Gestaltungsräume für eine - sozial-  
1621 ökologisch orientierte - aktive Regional- und Strukturpolitik zu schaffen und ihre Finanzierung zu  
1622 sichern. Wir bekräftigen unseren Vorschlag, einen Solidarpakt III für Krisenregionen in Ost und West zu  
1623 schließen. Der Prüfauftrag, zu dem sich die Koalition im Bund verpflichtet hat, muss positiv entschieden  
1624 werden. Die Finanzierung ist über den Solidaritätszuschlag auf die Lohn- und Einkommenssteuer  
1625 möglich. Im Unterschied zum Solidarpakt II wird er nicht auslaufen und eine dann für den geplanten  
1626 Solidarpakt III voraussichtlich hinreichende Finanzmasse erbringen. Da die Bundesregierung aus dem  
1627 Solidaritätszuschlag schon jetzt deutlich mehr einnimmt, als sie dem Osten überweist, sollten die -  
1628 zudem zunehmenden - überschießenden Mittel schon jetzt in regional- und strukturpolitische Projekte  
1629 in Ost und West fließen. Bis zum Ende des Jahrzehnts muss der **bundesstaatliche Finanzausgleich** in  
1630 Deutschland insgesamt neu geregelt werden. Brandenburg muss dabei engagiert und ideenreich für den  
1631 Erhalt und die Stärkung des kooperativen Föderalismus und eines solidarischen bundesstaatlichen  
1632 Finanzausgleichs kämpfen. Oberste Zielsetzung des bundesstaatlichen Ausgleichssystems muss die  
1633 Herstellung und Wahrung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet bleiben. Auch nach 2019  
1634 ist es notwendig, die finanzielle Handlungsfähigkeit aller Länder durch eine aufgabengerechte  
1635 Finanzausstattung abzusichern.

1636 Für besonders dringlich halten wir die **Aufhebung des Verbots der Kooperation von Bund und**  
1637 **Ländern im Bereich Bildung**. Insbesondere die Finanzierung der Hochschul-Entwicklung ist von den  
1638 Ländern allein nicht zu stemmen.

1639 Auch fordern wir eine generelle Neuregelung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und auch  
1640 Gemeinden und eine auskömmliche Finanzierung der vom Bund den Kommunen übertragen Aufgaben.

1641 Trotz steigender Steuereinnahmen sind die öffentlichen Haushalte nach wie vor strukturell  
1642 unterfinanziert. Deshalb werden wir uns weiterhin auf Bundesebene für eine **gerechte Steuerpolitik**  
1643 einsetzen. Aus unserer Sicht sollte Brandenburg gemeinsam mit gleichgesinnten Ländern im Bund  
1644 folgende Forderungen erheben:

- 1645 • Eine deutliche Anhebung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensbesteuerung. Er lag noch  
1646 1998 bei 53 Prozent - jetzt liegt er rund 10 Prozent darunter. Selbst im internationalen  
1647 Vergleich fiele ein deutlich höherer Spitzensteuersatz keineswegs aus dem Rahmen.
- 1648 • Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer mit einer verkehrswertnahen - und damit  
1649 verfassungskonformen - Bewertung aller Vermögensarten bei einem einheitlichen Steuersatz.
- 1650 • Eine sozial gerechte Anpassung der Erbschaftssteuer. Es ist an der Zeit, insbesondere höhere  
1651 Erbschaften stärker zur Finanzierung der Gesellschaft heranzuziehen. Es ist zutiefst ungerecht,  
1652 dass die tägliche Erwerbsarbeit ganz selbstverständlich höher besteuert wird als ein Erbe.
- 1653 • Eine Millionärssteuer, die die großen Vermögen zur Mitfinanzierung des Gemeinwesens  
1654 heranzieht.
- 1655 • Eine Familienförderung soll das bisherige Ehegattensplitting ersetzen.

1656 • Die zügige internationale Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Mittlerweile hat sich auch  
1657 in der EU der Gedanke durchgesetzt, dass eine solche Steuer auf Wertpapier-, Derivate- und  
1658 Devisenumsätze auch ein geeignetes Präventionsinstrument gegen maßlose Spekulation an den  
1659 Finanzmärkten darstellt. Die Steuer auf Finanztransaktionen muss so gestaltet werden, dass sie  
1660 Spekulationen deutlich unattraktiver macht und zugleich einnahmerelevant für die öffentlichen  
1661 Haushalte ist. Grundsätzlich zu verbieten sind Spekulationen mit landwirtschaftlichen  
1662 Nutzflächen und Agrarrohstoffen jeglicher Art einschließlich Wasser. Auch Leerverkäufe müssen  
1663 unterbunden werden. Als ersten Schritt fordern wir die Einführung einer Börsenumsatzsteuer in  
1664 Deutschland.

1665 Wir halten daran fest, dass der Bund sich an den Kosten der gesamten Munitionsbergung bzw.  
1666 Kampfmittelbeseitigung infolge des Zweiten Weltkrieges beteiligt.

1667

1668 Die Verflechtung zwischen **Brandenburg und Berlin** hat sich in den vergangenen Jahren deutlich  
1669 verstärkt und beide Länder profitieren davon. Über 100 Staatsverträge und Verwaltungsabkommen  
1670 regeln die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern, deren Intensität weit über das übliche Niveau  
1671 föderaler Zusammenarbeit in der Bundesrepublik hinausgeht. Ein enormes wirtschaftliches Potenzial für  
1672 beide Länder liegt in einer gemeinsamen Innovationsstrategie und koordinierten Förderung der  
1673 Kompetenzcluster in den Wachstumsbranchen von Industrie, Gesundheitswirtschaft, Energie und  
1674 Medien. Bis 2020 soll ein europäischer Innovationsraum Berlin-Brandenburg mit einer integrierten  
1675 Forschungs- und Entwicklungslandschaft entstehen. Die Ansätze für ein gemeinsames Landesmarketing  
1676 sollen fortgesetzt werden, um insbesondere dem Forschungs- und Bildungsstandort, den industriellen  
1677 Kapazitäten und Kompetenzen sowie den touristischen Potenzialen zu stärkerer internationaler  
1678 Ausstrahlungskraft zu verhelfen.

1679 Auf der anderen Seite stellen wir aber auch fest, dass in die Beziehungen zwischen Berlin und  
1680 Brandenburg neue die Dynamik und Offenheit kommen muss. Es gibt vor allem zwei Fragenkomplexe,  
1681 die ernsthaft miteinander erörtert werden müssen:

- 1682 ➤ Wie werden die Belange einer über ihre Grenzen hinaus wachsenden Stadt strukturell,  
1683 institutionell, organisatorisch etc. abgebildet? Reichen dafür auf die Dauer die bestehenden  
1684 gemeinsamen Einrichtungen - bis hin zur Gemeinsamen Landesplanung - aus? Braucht es neue,  
1685 stärker demokratisch fundierte Formen (etwa Regionalparlamente)?
- 1686 ➤ Wie wird der kulturelle und soziale Zusammenhang im Ballungsraum Berlin gewahrt bzw.  
1687 hergestellt - unter der Bedingungen zunehmender Differenzierung und auch Separierung in den  
1688 innerstädtischen/klassisch zur Stadt gehörenden Teilen, vor allem aber angesichts der  
1689 Tatsache, dass das Wachstum Berlins nach Brandenburg hinein vor allem durch den Zuzug von  
1690 Brandenburgerinnen und Brandenburgern in den engeren Verflechtungsraum erfolgt?

1691

1692 Ein wichtiger Schritt nach vorn wäre ein **gemeinsames neues Entwicklungskonzept für die Region**,  
1693 das das bestehende Leitbild von 2006 ersetzt. Es soll gemeinsame Vorhaben, arbeitsteilige  
1694 Entwicklungsschwerpunkte, eine abgestimmte Raumplanung und vereinbarte öffentliche Investitionen  
1695 festlegen. Nicht zuletzt sollten in diesem Konzept auch Verpflichtungen für die berlinferneren Räume  
1696 enthalten sein. Zu den vorrangigen Themen des Konzepts sollten neben der Innovationsstrategie die  
1697 gemeinsame Entwicklung des BER (Messegeschäft, Marketing, geordnete Entwicklung der Achse  
1698 Schönefeld-Potsdam), der Aufbau eines gemeinsamen Energieverbands mit dem Ziele einer  
1699 vollständigen Versorgung durch erneuerbare Energien bis 2030, ein abgestimmtes Wassermanagement  
1700 sowie eine koordinierte Steuerung der Suburbanisierung rund um Berlin gehören. Hier geht es um einen  
1701 geregelten Leistungs- und Lastenausgleich in Bezug auf Infrastruktur und Daseinsvorsorge, Bildung und  
1702 Kultur. Anzustreben wäre eine vertiefte Kooperation und Arbeitsteilung zwischen benachbarten  
1703 Brandenburger Kommunen und Berliner Bezirken, die hierfür die nötigen Kompetenzen kommunaler  
1704 Selbstverwaltung erhalten müssen.

1705 Zu berücksichtigen ist auch, dass unsere Region nicht nur von Berlin, sondern zunehmend auch von der  
1706 Gravitationskraft und den Wachstumsimpulsen **anderer Metropolregionen** geprägt wird. Dazu zählen  
1707 Hamburg im Nordwesten, die mitteldeutsche Metropolregion um Halle und Leipzig im Süden, der

1708 Wachstumsraum um Dresden und Chemnitz im Südosten, Poznań und Wrocław im Südosten und die  
1709 Region um Szczecin im Nordosten. Auch nach Skandinavien und ins Baltikum entwickeln sich  
1710 besondere Beziehungen.

1711 Die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen den benachbarten städtischen und ländlichen Regionen  
1712 sind schon heute bedeutungsvoll, die Potenziale dieser Entwicklungsachsen werden jedoch bei weitem  
1713 noch nicht ausgeschöpft. Handlungsfelder für gemeinsame Strategien und Kooperationsprojekte bieten  
1714 sich in der Energiewirtschaft, im Kultur- und Naturtourismus, in der Entwicklung von industriellen  
1715 Kompetenzclustern, der Wissenschafts- und Hochschulkooperation sowie in Umweltschutz,  
1716 Wassermanagement und Landschaftspflege an.

1717 Die Grenzregion zu Polen hat das Potenzial, für Millionen Menschen nicht nur Arbeits- und Wohnort zu  
1718 sein, sondern wirklich gemeinsame Heimat für Polen und Deutsche zu werden. Mit der Initiative für die  
1719 Oderpartnerschaft setzten Berlin und Brandenburg bereits 2006 – unter maßgeblicher Mitwirkung der  
1720 Berliner LINKEN – das Signal für eine verstärkte Zusammenarbeit an der deutsch-polnischen Grenze; ab  
1721 2009 haben wir als Regierungspartei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit viele neue Impulse  
1722 gegeben. Jetzt rückt ein nächster Schritt auf die Tagesordnung: eine breite öffentliche polnisch-  
1723 deutsche Debatte über die **Entwicklungslinien für eine gemeinsame Region an Oder und Neiße** in  
1724 den nächsten zehn bis 20 Jahren. Dabei sollte es um gemeinsame Ziele und Schritte für die  
1725 Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, für die wirtschaftliche Zusammenarbeit, die Umstrukturierung  
1726 der Energiepolitik, für den grenzüberschreitenden Tourismus und die gemeinsame Erschließung der  
1727 kulturellen und natürlichen Potenziale der Region, um Kooperation in Bildung und Ausbildung sowie in  
1728 der Arbeitsmarktpolitik gehen. Das Einzugsgebiet der Oder in einen wirtschaftlichen, kulturellen und  
1729 ökologischen Innovationsraum zu verwandeln, das ist unsere Vision.

1730

1731 Der Flughafen Berlin-Brandenburg International Willy Brandt in Schönefeld (**BER**) bildet ein markantes  
1732 Beispiel, welches hohe Anforderungen an ein erfolgreiches Management solcher gemeinsamer  
1733 Großprojekte gestellt sind. Gleichzeitig zeigt er auch, welche wirtschaftlichen Potenziale durch die  
1734 Kooperation beider Länder aktiviert werden können. Es ist im Interesse aller, dass die gewaltigen  
1735 öffentlichen Investitionen an diesem Standort ihren Zweck erfüllen.

1736 Die Akzeptanz des Flughafens in der Region setzt voraus, dass effektiver Schutz vor Fluglärm  
1737 gewährleistet wird. Dazu gehören die zügige Umsetzung des planfestgestellten baulichen  
1738 Schallschutzes und die Ausweitung der Nachtruhe. Um die Lärmbelastung langfristig in Grenzen zu  
1739 halten und Planungssicherheit für die umliegenden Gemeinden und deren Einwohner zu erhalten,  
1740 lehnen wir die *massive* Ausweitung der jährlichen Flugbewegungskapazität und den Bau einer weiteren  
1741 Start- und Landebahn ab. Der Landtag hat sich das erfolgreiche Volksbegehren zur Ausweitung des  
1742 Nachtflugverbots auf die Zeit von 22 bis 6 Uhr zu eigen gemacht, im Verhältnis zu den anderen  
1743 Gesellschaftern - dem Land Berlin und dem Bund - beißen wir damit aber bislang auf Granit. Das ändert  
1744 jedoch nichts daran, dass das Land, auf dessen Territorium der Flughafen liegt, die Belange der  
1745 Anwohner in besonderer Weise vertritt und von seinen Partnern deutliches Entgegenkommen verlangen  
1746 darf.

1747 Was die Inbetriebnahme des BER anbelangt, so nutzen Symbolhandlungen wie eine „Teileröffnung“  
1748 wenig und verursachen nur zusätzliche Kosten. Der Flughafen als Ganzes muss jetzt schnell ans Netz -  
1749 mit effektivem Schallschutz, einem Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr und begrenzten Kosten. Die  
1750 Finanzierung darf nicht zu Lasten anderer Politikfelder in Brandenburg erfolgen.

1751

1752 Solidarität ist ein Wert, den wir nicht nur Brandenburg gegenüber einfordern oder innerhalb unseres  
1753 Landes durchsetzen wollen. **Entwicklungspolitik** ist in der Verantwortung der LINKEN in Brandenburg  
1754 wieder zu einem wichtigen Anliegen der Landesregierung geworden. Die Entwicklungspolitischen  
1755 Leitlinien wurden komplett überarbeitet; sie entwickeln nun aus dem Prinzip der Nachhaltigkeit einen  
1756 zeitgemäßen und vor allem funktionierenden Ansatz für Planung und Kommunikation. Auf dieser Basis  
1757 wollen wir weiter arbeiten.



1758 Die Möglichkeiten unseres Landes sind dabei beschränkt - aber es gibt auch für ein Land wie  
1759 Brandenburg Handlungsfelder, die energisch erschlossen werden müssen. Das betrifft die  
1760 Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit, die (interregionale wie bi- und multilaterale)  
1761 wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit, Klimaschutz und Energiefragen im Kontext sozial-  
1762 ökologischer Entwicklungspfade, eine solidarische, menschenwürdige und menschenrechts-konforme  
1763 Migrationspolitik, die Förderung von Multikulturalität und interkultureller Kompetenz.

1764

1765 Brandenburg liegt im Herzen Europas - seine Geschicke und die Geschicke Europas waren in der  
1766 Geschichte und sind in Gegenwart wie Zukunft eng miteinander verwoben. Wir wollen die Lehren aus  
1767 den düsteren Kapiteln beherzigen und die Chancen, die in der Gemeinsamkeit von heute liegen, im  
1768 Interesse der Menschen nutzen. Das Voranschreiten der Europäischen Integration wirft die Frage nach  
1769 der Neujustierung von Kompetenzen zwischen EU-Ebene, Nationalstaaten und  
1770 Regionen/Bundesländern sowie nach den sozialen und demokratischen Werten auf, auf denen dies  
1771 basieren soll. Wir gehen davon aus, dass die Neuverteilung von Kompetenzen keine Einbahnstraße ist.  
1772 Wir stellen uns dieser Diskussion.

1773 DIE LINKE steht für eine aktive **Europa-Politik**. Wir wollen, dass Brandenburg, seine Kommunen und die  
1774 Bürgerinnen und Bürger ihre Positionen, Interessen, Probleme und Ideen in die Brüsseler und  
1775 Straßburger Foren einbringen. Der Landtag muss seine Beteiligungsmöglichkeiten bei regionalpolitisch  
1776 relevanten Vorschlägen und Entscheidungen der Europäischen Union verstärkt nutzen und bereits in  
1777 einem frühen Stadium an EU-Gesetzgebungsvorhaben mitwirken.

1778 Aber es geht um mehr - um eine aktive Europäische Zivilgesellschaft. Wir wollen deswegen die  
1779 Informations-, Öffentlichkeits- und Projektarbeit zu den allgemeinen Abläufen und Arbeitsweisen in der  
1780 EU, zu konkreten Politiken und damit verbundenen linken Projekten verstärken. Die europäischen  
1781 Jugendaustausch- und Freiwilligenprogramme geben wie Schul- oder Projekt-Partnerschaften wichtige  
1782 Impulse für das Zusammenwachsen der europäischen Zivilgesellschaft sowie der Union und ihrer  
1783 Regionen von unten.

1784 Insbesondere die Möglichkeiten der Kommunen und Regionen in dem Mehrebenen-Gefüge der  
1785 Europäischen Union müssen mehr ins Zentrum der Wahrnehmung rücken. Europäische Bürgerinitiativen  
1786 - ein Element direkter Demokratie in der EU - wollen wir verstärkt nutzen. Sie können zur Verteidigung  
1787 bzw. Rückeroberung von Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge aus dem Bereich der  
1788 profitorientierten Binnenmarktregeln beitragen. Wir wenden uns gegen alle Projekte, die mit  
1789 Rückschritten in Bezug auf soziale, arbeitsmarktpolitische, gewerkschaftliche oder ökologische  
1790 Errungenschaften oder mit Beschränkungen von Freiheitsrechten verbunden sind.

1791 Die EU darf nicht nur eine Wirtschaftsunion bleiben, an die erste Stelle muss die soziale Dimension  
1792 rücken. Nur durch DIE LINKE in Brandenburg wurde es 2012/13 möglich, dass dies auf die Agenda der  
1793 Europaministerkonferenz (EMK) der deutschen Länder rückte. Wir halten an diesem Anliegen fest. Wir  
1794 fordern weitere Schritte wie die Einführung eines europaweiten, landesspezifischen Mindestlohnes und  
1795 letztlich, neben der Wirtschafts- und Handelsunion, eine Sozialunion.

1796